



**Auf die  
Zutaten  
kommt  
es an**

# WISSEN UND TAT

*Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus*

19. Jahrgang / Heft 9/10

September-Oktober 1964

Einzelpreis 50 Pf

## INHALT

Seite

Mit der DDR gegen  
Monopolherrschaft  
und Militarismus . . . 2

Wer hat Deutschland  
gespalten, welcher  
Weg führt zur  
Wiedervereinigung? 8

Der zweite Weltkrieg  
und 25 Jahre später 12

Den Bundeswehr-  
soldaten helfen —  
den Ungeist des  
Militarismus  
ausrotten! . . . . . 17

Die I. Internationale  
und die Einheit der  
Arbeiterbewegung 21

Für soziale Sicher-  
heit — gegen Bonner  
Sozialreaktion . . . . 25

Die Rechte der  
Arbeiter und ihrer  
Gewerkschaften  
in der DDR . . . . . 30

**Freiheit für die KPD:**  
Akademie der Wissen-  
schaften der UdSSR  
fordert Legalität  
der KPD . . . . . 35

**Leser fragen —  
wir antworten:**

Zu den Meinungsver-  
schiedenheiten mit  
den Führern der  
KP Chinas . . . . . 38

**Unser Interview:**  
Gegen drohende Not-  
standsdictatur . . . . 40

**Aus der internationalen  
Arbeiterbewegung:**

Der IV. Parteitag der  
Polnischen Arbeiter-  
partei . . . . . 43

**Tatsachen  
aus der DDR . . . . . 46**

## Mit der DDR gegen Monopolherrschaft und Militarismus

**Gedanken zur 15jährigen Entwicklung  
beider deutscher Staaten**

von MAX REIMANN

### I.

Im Herbst des Jahres 1949 wurde auf Geheiß der imperialistischen Besatzungsmächte, auf Betreiben der reaktionären Kräfte und Adenauer die westdeutsche Bundesrepublik geschaffen. Das war die Spaltung Deutschlands, die staatliche Wiedergeburt der Macht des deutschen Monopolkapitals und Militarismus, die in einer Generation die Katastrophen zweier Weltkriege über unser Volk und die Welt brachten.

Wenig später, am 7. Oktober 1949, wurde im Osten Deutschlands als Antwort auf den nationalen Verrat der herrschenden Kreise Westdeutschlands in voller Ausübung des demokratischen Volkswillens und der nationalen Selbstbestimmung die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Das war die Geburt eines neuen deutschen Staates, einer Arbeiter- und Bauern-Macht, die die Zukunft Deutschlands repräsentiert. Die Gründung der DDR wurde zu einem Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und Europas.

Die 15jährige restaurative und militaristische Entwicklung auf der einen Seite und die vorwärtsweisenden sozialistischen Umgestaltungen auf der anderen Seite machen anschaulich, von welchem der beiden deutschen Staaten neues Unheil oder eine friedliche Zukunft, soziale Reaktion oder gesellschaftlicher Fortschritt, Mißachtung der nationalen Interessen oder nationale Repräsentation ausgehen.

Am Vorabend des 15. Jahrestages des Bestehens zweier deutscher Staaten zeigt sich in der Wiederwahl Lübkes, eines V-Mannes der Gestapo, zum Bundespräsidenten, in der Berufung Tretners, eines Kriegsverbrechers, auf den Posten des Obersten Chefs der Bundeswehr, daß die Kräfte der Vergangenheit in der Bundesrepublik wieder tonangebend sind. In der DDR hingegen wurde die verderbliche Vergangenheit bewältigt, wird die

Gegenwart gemeldet und wird schon heute die sozialistische Zukunft ganz Deutschlands gestaltet. Dieser Staat ist durch die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung und durch den sozialistischen Aufbau der monopolkapitalistischen Bundesrepublik eine ganze Epoche voraus.

In der Bundesrepublik wurde durch die jüngsten Erklärungen von Adenauer und Strauß mit den Enthüllungen über die Entwicklung der Bundeswehr zu einem „Staat im Staate“ und mit der Ankündigung der Notstandsgesetze deutlich gemacht, daß die reaktionärsten und aggressivsten Gruppen des Monopolkapitals und Militarismus bestrebt sind, ihre Macht noch weiter auszubauen. In der DDR aber wurden die historisch notwendigen Konsequenzen gezogen und durch die Beseitigung von Imperialismus und Militarismus das Vermächtnis eines mehr als hundertjährigen Arbeiter- und Volkskampfes für Frieden, Freiheit und gesellschaftlichen Fortschritt erfüllt. Dieser Staat hat damit den Anspruch erworben, für das ganze friedliche, demokratische, nationalgesinnte Deutschland zu sprechen.

In der Bundesrepublik ist die offizielle Regierungspolitik auf die Entfesselung eines atomaren Revanchekrieges gerichtet. Schon heute wird der Einsatz westdeutscher Truppen zur Niederwerfung nationaler Befreiungsbewegungen erwogen, ist es Leuten wie Seeborn gestattet, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges für ungültig zu erklären und eine Wiederherstellung des „Großdeutschen Reiches“ in den Grenzen von 1937 zu propagieren. Von der DDR jedoch geht eine auf die Sicherung des Friedens, auf Freundschaft mit allen Völkern, auf die Verhinderung eines Atom- und Bruderkrieges, auf Entspannung und Verständigung gerichtete Politik aus. Das macht sie nicht nur vor den friedliebenden Kräften der Bundesrepublik, sondern vor der ganzen Welt zu dem deutschen Friedensstaat, dessen Existenz und Wachstum eine der sichersten Garantien für die Sicherung des Friedens bedeutet.

Das wird einmal mehr in dem Freundschaftsvertrag zwischen der DDR und der Sowjetunion deutlich ge-

macht. In diesem für die Sicherung des Friedens in Deutschland und Europa bedeutsamen Vertragswerk offenbaren sich die wahrhaft freundschaftlichen, auf voller Gleichberechtigung, Achtung der nationalen Souveränität und der gegenseitigen Hilfe beruhenden Beziehungen der DDR zur stärksten Weltmacht unserer Epoche und ihre gemeinsamen Interessen für Entspannung und friedliche Koexistenz in Deutschland, in Europa und in der Welt. Durch ihn wird sich die politische, ökonomische, militärische Zusammenarbeit beider Länder verstärken, das Ansehen und die internationale Autorität der DDR wird weiter wachsen. Die Revanchepolitiker und kalten Krieger werden in ihre Schranken verwiesen, denn jeder Versuch, die DDR erobern und der Bundesrepublik einverleiben zu wollen, ist ein für alle Mal zum Scheitern verurteilt.

Die Entwicklung der DDR von ihrer Gründung bis zum Abschluß des Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion ist eine Beweiskette dafür, daß die DDR und ihre Regierung die Gestaltung der neuen sozialistischen Ordnung und ihre von Friedens- und Verständigungsinitiativen beherrschte Politik immer im wohlverstandenen Interesse der ganzen deutschen Nation geführt haben. Sie dient und dient der Unterstützung der friedlichen, demokratischen Kräfte der Bundesrepublik im Kampf für die Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Monopole und des Militarismus, für die Entwicklung der Bundesrepublik zu einem sozialen und demokratischen Friedensstaat, für die Wiedervereinigung Deutschlands über eine Konföderation im Zeichen des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts.

Angesichts dieser unterschiedlichen Entwicklung beider deutscher Staaten und im Interesse einer notwendigen Neuorientierung der westdeutschen Politik ist es für die Arbeiterklasse und für alle Volkskräfte Westdeutschlands dringend geboten, sich der Rolle der Deutschen Demokratischen Republik als Vorkämpferin für ein neues, demokratisches, friedliebendes und sozialistisches Deutschland bewußt zu

werden. Noch wird von der Mehrheit der westdeutschen Arbeiterklasse und Bevölkerung infolge der Wirkungen des Antikommunismus diese Rolle der Deutschen Demokratischen Republik nicht vollauf begriffen. Das aber verpflichtet uns um so mehr, die unumstößliche Tatsache auszusprechen und bewußt zu machen, daß die friedliebenden, demokratischen Volkskräfte in ihrem eigenen Streben nach einer Wende zur Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz, der Freiheit und Demokratie, sozialer Besserstellung und Gerechtigkeit, in der DDR ihren besten Verbündeten haben.

Die 15jährige Entwicklung der Bundesrepublik führt zur Erkenntnis, daß es dem objektiven Zusammenwirken des Kampfes der friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik, der Existenz und der Friedenspolitik der mit den anderen sozialistischen Friedensstaaten freundschaftlich verbundenen DDR, zu verdanken ist, wenn dem Drang der aggressiven westdeutschen Kräfte nach Atomwaffen, nach Militarisierung und ihrem Streben nach Kriegsprovokationen immer wieder Schranken gesetzt wurden. Der großen Hilfe seitens der DDR bei der Entlarvung antidemokratischer Willkür, faschistischer Kräfte und Bestrebungen ist es in großem Maße zuzuschreiben, wenn es die Machthaber in Bonn noch nicht vermochten, die verfassungsmäßigen Grundrechte ganz und gar außer Kraft zu setzen. Die zahlreichen Kämpfe der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften in der Bundesrepublik und die Wirkungen der sozialen und kulturellen Errungenschaften der DDR auf die Bundesrepublik sind maßgeblich dafür, daß viele Angriffe auf den Lebensstandard abgewehrt, Lohnforderungen und Sozialleistungen durchgesetzt werden konnten.

Die Aktionen der Arbeiterklasse und der demokratischen Volkskräfte der Bundesrepublik in den letzten 15 Jahren waren Abwehrkämpfe gegen die Angriffe der herrschenden Kreise auf das Recht nach Frieden, nach Demokratie und sozialer Sicherheit. Die Arbeiterklasse aber ist berufen, der Politik der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik eine eigene selbständige Arbeiterpolitik entgegenzustellen, die auf die Sicherung des Friedens, auf

Annäherung und Verständigung mit der DDR, auf Demokratie und Sozialismus gerichtet ist. Die Arbeiterklasse der Bundesrepublik wird ihre Aufgabe nur lösen, wird ihre historische Rolle nur erfüllen können, wenn sie sich für die Durchsetzung dieser politischen Ziele einigt.

Unsere Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands, die marxistisch-leninistische Partei der westdeutschen Arbeiterklasse, die der Bevölkerung der Bundesrepublik eine echte Alternative bietet, hat von der Geschichte die hohe Verantwortung erhalten, führende Kraft in diesem Kampf zu sein. Über diese hohe Verantwortung vor unserem Volk und vor der internationalen Arbeiterbewegung muß sich jedes Mitglied unserer Partei im klaren sein.

Die Arbeiterklasse und alle friedliebenden Kräfte Westdeutschlands brauchen eine legale KPD. Damit würden sie eine noch wirksamere Unterstützung bei der Durchsetzung einer neuen Politik in Westdeutschland erhalten. Jeder Kommunist muß durch sein Wirken dazu beitragen, daß immer größere Teile der Arbeiterklasse und der Bevölkerung der Bundesrepublik erkennen, daß die KPD die entschiedenste Interessenvertreterin der Werktätigen Westdeutschlands ist. Nur so wird die Forderung nach Legalität der KPD zu einer Massenforderung werden, wodurch letztendlich auch die Wiederzulassung unserer Partei erzwungen werden kann.

Es ist für die Arbeiterklasse und die Volkskräfte unumgänglich notwendig, die Macht der Monopole und Militaristen zurückzudrängen, eine grundlegende Wende zu einer anderen Politik herbeizuführen und deshalb von der Abwehr zur Offensive überzugehen. Hierbei haben sie in den Erfahrungen und in den Errungenschaften der DDR nicht nur eine sichere Stütze, sondern einen bewährten Vorkämpfer, dessen Erfahrungen und Errungenschaften im Kampf zur Überwindung von Faschismus, Militarismus und Imperialismus für den eigenen erfolgreichen Kampf zu nutzen sind. Mehr als das. In der DDR verkörpert sich die sozialistische Zukunft ganz Deutschlands.



Im Osten Deutschlands kam es über die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse zur Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die Einigung der Arbeiterklasse war die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse, ihr enges Bündnis mit allen übrigen Volkskräften war die Voraussetzung für alle Erfolge, die nach 1945 im Osten Deutschlands errungen wurden.

Im Westen Deutschlands haben die imperialistischen Westmächte, unterstützt von den deutschen Monopolherren, vor allem aber von rechten Führern der SPD, die Einheit der Arbeiterklasse verhindert. Die rechten Führer der SPD tragen für die Spaltung der Arbeiterklasse in erster Linie die Schuld. In 15 Jahren Bundesrepublik wurde deutlich, daß die Wehner, Erler und Leber, die heute CDU-Politik betreiben, niemals im Interesse der Arbeiterklasse, sondern stets im Interesse der Monopole, ihrer Rüstungs- und Revanchepolitik wirkten.

In der SPD regen sich jedoch Kräfte gegen diese Politik der „Gemeinsamkeit“ mit der CDU/CSU, was auch in der Stimmenthaltung von 187 Wahlmännern der SPD bei der Wahl Lübkes zum Bundespräsidenten zum Ausdruck kam. Wenn die sozialdemokratischen Genossen eine neue Politik wollen, dann müssen sie mutig durch ständiges Auftreten innerhalb und außerhalb der Partei ihre Forderungen geltend machen und durchsetzen. Dies ist jetzt umso notwendiger, da sich der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, in einem 7-Punkte-Programm an die Seite der herrschenden Kreise der Bundesrepublik gestellt hat.

Mit der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse im Osten Deutschlands entstand unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei ein Kraftzentrum für die Einigung aller patriotischen Kräfte. Durch die beispielhaften Erfolge der geeinten Arbeiterklasse der DDR wird auch der Arbeiterklasse der Bundesrepublik deutlich

gemacht, zu welchen Leistungen sie berufen und fähig ist, wenn sie in Aktionseinheit handelt, wenn Kommunisten und Sozialdemokraten zusammengehen. So gehen von der DDR Impulse auch zur Einigung der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik aus.

Deshalb konzentrieren die Feinde der Arbeiterklasse, das westdeutsche Monopolkapital und die mit ihm verbundenen rechten Führer der SPD und Gewerkschaften, in ihrer Hetze gegen die DDR das Feuer auf die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse, auf ihre Einheit, auf die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, auf deren marxistisch-leninistische Führung mit dem Genossen Walter Ulbricht an der Spitze. Jede Hetze gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gereicht vor allem der westdeutschen Arbeiterklasse zum Schaden. Jedes Zusammengehen der westdeutschen Arbeiterklasse mit der Arbeiterklasse der DDR, die Verständigung ihrer Organisation mit den Arbeiterorganisationen der DDR gereicht der westdeutschen Arbeiterklasse zum Nutzen, stärkt sie und verhilft ihr zu größeren Erfolgen.

Wer den Anspruch erhebt, die Interessen der westdeutschen Arbeiterklasse konsequent zu vertreten, der muß sich nicht nur für Verständigung mit der DDR einsetzen, der muß sich an die Seite der Arbeiter-und-Bauern-Macht, der SED und ihres Ersten Sekretärs, Genossen Walter Ulbricht, stellen. Er muß jeden Angriff auf sie als einen Angriff auf sich selbst, auf die grundlegenden Klasseninteressen der westdeutschen Arbeiterklasse zurückweisen. So bezieht die westdeutsche Arbeiterklasse einen richtigen Klassenstandpunkt in der Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Monopolkapitals und den von der DDR repräsentierten Kräften des Fortschritts in Deutschland. Das Verhältnis eines jeden Arbeiters zur DDR, dem ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden, ist ein Prüfstein dafür, wie die Arbeiter, wie die Werktätigen sich selbst und ihrer Klasse treu bleiben. Ich wiederhole, was ich auf unserem Parteitag 1963 sagte: „An der

Seite der DDR stehen, heißt, der Sache der Arbeiterklasse und des Volkes zum Siege verhelfen. Die Kernfrage für jeden Kommunisten ist das feste Vertrauen zur DDR und zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Bereitschaft, die Errungenschaften der DDR kämpferisch in der Arbeiterklasse und der Bevölkerung der Bundesrepublik zu vertreten.“ Nur wer so handelt, wird seiner Aufgabe und Verantwortung als Kommunist gerecht.

### III.

Die wichtigste aller Fragen, die Frage der Staatsmacht, wurde in der Bundesrepublik zugunsten der Monopolherren und Militaristen entschieden. Die Arbeiterklasse und die Volkskräfte wurden immer mehr von einer Einflußnahme auf das staatliche und politische Leben ausgeschaltet. In der DDR aber wurde die Frage der Staatsmacht zugunsten der Arbeiterklasse und des übrigen werktätigen Volkes entschieden und so auch in Deutschland die grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses zum Nutzen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus eingeleitet.

In der Bundesrepublik üben gegenwärtig die reaktionären und aggressivsten Gruppen des Monopolkapitals die Macht aus. Sie bedienen sich der alten Faschisten, Hitler-Generale, schwerbelasteter Nazibeamten und Blutrichter, die Schlüsselpositionen im Staatsapparat einnehmen. An der Spitze dieses Staates steht ein Mann wie Lübke, ein Vertrauensmann der Monopole und der Großgrundbesitzer. Die meisten Mitglieder des Kabinetts, eine Vielzahl der Bundestagsabgeordneten sind Vertreter der großen Monopole. Allein die IG-Farben haben fünf direkte Vertreter im Bundestag. Nur 14 Abgeordnete geben einen Arbeiterberuf an. 15 von 25 Staatssekretären haben eine schwerbelastete Nazivergangenheit. Von 856 Richtern der Oberlandesgerichte kommen 95 Prozent aus den wohlhabenden Kreisen der Bourgeoisie, 2,7 Prozent aus dem Mittelstand und 2,2 Prozent aus anderen Schichten der Bevölkerung. 420 von ihnen waren Gerichtsoffiziere der Hitlerarmee. Noch sind mehr als 1000 Naziblutrichter in Amt und Würden. Mit Recht sagen daher Arbeiter und

Die Kampfgemeinschaft zwischen KPD/SED, das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse Westdeutschlands und der Arbeiterklasse der DDR sowie der patriotischen Kräfte beider deutscher Staaten ist das Unterpfand des Sieges über die Kräfte des Imperialismus und Militarismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Das der Arbeiterklasse klarzumachen, ist eine der vordringlichen Aufgaben unserer Partei.

Gewerkschafter: Dieser von den Monopolherren und Militaristen beherrschte Staat ist nicht unser Staat. Er muß ein sozialer und demokratischer Rechtsstaat werden.

In der Deutschen Demokratischen Republik übt die Arbeiterklasse die Macht im Staate aus. Die entscheidenden Produktionsmittel gehören dem Volke, und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist für immer beseitigt. An der Spitze dieses Staates steht ein Mann, wie Walter Ulbricht, ein Tischler, dessen ganzes Leben im Dienst einer friedlichen, demokratischen und sozialistischen Zukunft unseres Volkes steht. Mehr als die Hälfte der Mitglieder des Ministerrats kommt aus der Arbeiterklasse. 286 Abgeordnete der Volkskammer der DDR sind Arbeiter. Jeder zweite Richter und Staatsanwalt in der DDR arbeitete selbst in Fabriken oder auf Baustellen. 81 Prozent der Angehörigen der Volkspolizei sind ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter, 5 Prozent Bauern, 14 Prozent Angestellte. 84 Prozent der leitenden Polizeioffiziere haben Arbeiterberufe, 94,3 Prozent der Offiziere der Volksarmee sind Arbeiter, 2,4 Prozent Bauern, 3,3 Prozent stammen aus Kreisen der Handwerker und der Intelligenz.

Mit der Errichtung der politischen Macht der Arbeiter im Bündnis mit allen Werktätigen hat zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Kampf der ganzen Arbeiterklasse Deutschlands eine feste staatliche Grundlage erhalten. Das ist den in Westdeutschland herrschenden Multimillionären und Revanchisten ein Dorn im Auge. Sie fürchten um ihre Macht. Deshalb unternehmen sie alles, um die Arbeiter, Gewerkschafter und

Sozialdemokraten mit dem antikomunistischen Gift zu verwirren und werden dabei von Wehner, Erler, Leber und auch von Brandt noch übertroffen.

Die westdeutsche Politik stand von Anbeginn an im Zeichen des Antikommunismus. Er ist, wie unter Hitler, auch von den Bonner Machthabern zur Staatsdoktrin erhoben worden. Die Überwindung des Antikommunismus ist für die westdeutsche Arbeiterklasse, alle friedliebenden und demokratischen Kräfte ein Gebot der Selbsterhaltung. Es gilt,

Heute existieren auf deutschem Boden zwei deutsche Staaten: die monopolkapitalistische Bundesrepublik und die sozialistische Deutsche Demokratische Republik. Die Interessen des Friedens und der Nation gebieten es, daß sich die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gründen. Nur so kann der Weg zur Annäherung, zur Schaffung von Kommissionen, zur Bildung einer Konföderation und schließlich zur Wiedervereinigung Deutschlands beschritten werden. Unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz, des friedlichen Wettbewerbs kann sich auch die Mehrheit der westdeutschen Arbeiterklasse und Bevölkerung davon überzeugen, welcher der beiden deutschen Staaten, welche der beiden Ordnungen besser ist, welchem der beiden deutschen Staaten die Zukunft gehört.

Die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten setzt den entschiedenen Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte gegen die atomare Aufrüstung durch die Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht voraus. Sie verlangt den entschiedenen Kampf gegen Revanchehetze und Kriegspropaganda. Sie erfordert die Durchsetzung einer Neuorientierung der westdeutschen Politik, die, ausgehend von der Anerkennung des realen Kräfteverhältnisses in der Welt, der Existenz zweier deutscher Staaten, auf die Normalisierung und Versachlichung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet ist. Mit einer sol-

che Arbeiterklasse, Gewerkschafter und Sozialdemokraten dazu zu bewegen, im Interesse einer selbständigen Klassenpolitik den Verfechtern des Antikommunismus in der Arbeiterbewegung die Gefolgschaft zu versagen. Die 15jährige Geschichte beider deutscher Staaten lehrt, daß nur die in Aktionseinheit handelnde Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft und gemeinsam mit allen Volkskräften dem verhängnisvollen Treiben der Reaktion, der Militaristen und Revanchepolitiker ein Ende setzen kann.

#### IV.

chen Politik würde die Bundesrepublik ihren Beitrag zur weltweiten Entspannung leisten und vor aller Welt beweisen, daß sie am Ende der deutschen Nachkriegszeit gewillt ist, der von der Verfassung gebotenen Friedenspflicht nachzukommen.

Den Weg zur Rettung des Friedens, zur Rettung unserer Nation, hat unser Parteitag 1963 vorgezeichnet. Konkrete Schritte sind uns und allen friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik in der Programmatischen Erklärung unserer Partei und in den Vorschlägen Walter Ulbrichts an Bundeskanzler Erhard gewiesen: Die Regierungen beider deutscher Staaten sollten sich durch selbständige Erklärungen verpflichten, auf atomare Aufrüstung in jeder Form zu verzichten. Sie sollten eintreten für eine schrittweise Abrüstung einschließlich entsprechender Kontrollmaßnahmen und für die Herabsetzung der Rüstungsausgaben. Im Interesse der Überwindung der Spaltung, für die Zusammenarbeit und das allmähliche Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten sollten sie eintreten für die Bildung eines Deutschen Rates, dem die Vertreter beider deutscher Staaten angehören.

Die 15jährige Entwicklungsbilanz seit Gründung der Bundesrepublik muß allen friedliebenden und nationalgesinnten Kräften in der Bundesrepublik Anlaß sein, sich dafür einzusetzen, daß endlich in Westdeutschland die kalten Krieger und Revanchepolitiker gezügelt werden, daß ein Kurs des Friedens und der Demokratie durchgesetzt wird.

# Wer hat Deutschland gespalten, welcher Weg führt zur Wiedervereinigung?

Von GRETE THIELE

Vor kurzem hat der Vorsitzende des inzwischen aufgelösten „Amerikanischen Rates für die Wiedervereinigung Deutschlands“, Richard Sperber, in seinen Memoiren festgestellt, der von ihm geführte Rat sei bei seiner mehr als sechsjährigen Tätigkeit immer wieder „auf die Tatsache gestoßen, daß Adenauer entweder die Wiedervereinigung absichtlich nicht wollte oder Möglichkeiten dazu fahrlässig versäumt hat.“<sup>1)</sup> Mit zahlreichen bisher nicht veröffentlichten Dokumenten aus seiner Tätigkeit enthüllte Sperber die wirklichen Ursachen der

Spaltung Deutschlands. Damit ist die Bonner These, daß die Sowjetunion und die SED Deutschland gespalten hätten, von einem Mann widerlegt, der jahrelang die Politik in Bonn beobachten konnte.

20 Jahre nach Kriegsende stellt vor allem die junge Generation die Frage: Wer hat Deutschland gespalten? Wir Kommunisten können darauf eine historisch und dokumentarisch bewiesene Antwort geben. In diesem Artikel können nur einige dieser Etappen auf dem verhängnisvollen Weg beleuchtet werden.

## Spaltung im Klasseninteresse der westdeutschen und ausländischen Imperialisten

Wenn es um ihre Profit- und Machtpositionen ging, haben die deutschen Imperialisten noch nie gezögert, die Einheit der Nation aufs Spiel zu setzen. So war es nach dem ersten Weltkrieg, als sie mit der Abtrennung des Rheinlandes wenigstens in einem Teil Deutschlands ihre Herrschaft vor der revolutionären Arbeiterklasse schützen wollten. Als sie Ende des zweiten Weltkrieges erkannten, daß der Krieg unter Hitlers Führung verloren war und die Weiterführung des Krieges den Fortbestand ihrer Macht und Existenz gefährdete, versuchten großkapitalistische Kreise, Hitler loszuwerden, um die Eroberungen im Osten zu retten und die Positionen für das Monopolkapital im Nachkriegsdeutschland zu erhalten. Dabei bedienten sie sich vor allem des Goerdeler-Kreises, dessen Konzeption darauf gerichtet war, zu verhindern, daß Deutschland entmilitarisiert und die Kriegsschuldigen entmachtet und bestraft wurden.

Als konsequenteste antifaschistische Kraft mit einem klaren und weit-

blickenden Programm für die Zukunft orientierte die KPD mit ihren Beschlüssen von Brüssel (1935) und Bern (1939) und schließlich in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 das deutsche Volk darauf, daß die Rettung der Nation die Vernichtung der Grundlagen des Faschismus und Militarismus in Deutschland erfordern und der Aufbau eines antifaschistischen, demokratischen und einheitlichen Deutschlands das Gebot der Stunde war.

Nach der Zerschlagung der Hitlerdiktatur im Jahre 1945 bestand für die demokratischen und antifaschistischen Kräfte die große Chance, den Weg für eine demokratische und friedliche Entwicklung in ganz Deutschland zu beschreiten. Im Potsdamer Abkommen hatten sich die Besatzungsmächte verpflichtet, Deutschland als einheitliches Ganzes zu behandeln, Faschismus und Militarismus auszurotten und die Macht der Monopole zu brechen. Das Potsdamer Abkommen ermöglichte es, einen einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Staat zu schaffen. In der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurde das Potsdamer Abkommen konsequent durchgeführt. Die sowjetische Besatzungsmacht hielt sich an die gemeinsamen Grundsätze der von

<sup>1)</sup> Sperber hat angekündigt, daß demnächst seine Memoiren unter dem Titel „Amerika und die Wiedervereinigung Deutschlands“ in einem Verlag der Bundesrepublik erscheinen wird.

der Anti-Hitler-Koalition beschlossenen Deutschlandpolitik. Die demokratischen Kräfte in der damaligen sowjetisch besetzten Zone, die unter der Führung der Arbeiterklasse entsprechend den Lehren aus Krieg und Faschismus handelten, konnten auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse die Kriegsschuldigen entmachten und eine konsequent antifaschistische, demokratische Ordnung errichten.

Anders war die Lage im Westen Deutschlands. Von Anfang an kämpften die westdeutschen Imperialisten um die Erhaltung und Wiederherstellung ihrer Machtpositionen. Sie wurden dabei unterstützt von den Besatzungsmächten, die zunächst die Durchführung des Potsdamer Abkommens sabotierten und schließlich zum offenen Bruch übergegangen sind. Als Antwort auf die demokratischen Maßnahmen im Osten Deutschlands, wie Bodenreform, Enteignung der Kriegsverbrecher und ihre Bestrafung, Entmilitarisierung und Aufbau eines demokratischen Verwaltungsapparates, also Maßnahmen, die alle auch von der Mehrheit unserer Bevölkerung im Westen gefordert wurden, begannen die deutschen Imperialisten aus Angst vor dieser gesellschaftlich notwendigen demokratischen Entwicklung schon damals mit der Spaltung Deutschlands. Es war noch nicht eine Woche nach Kriegsende vergangen, da meldete sich Fritz Thyssen, einer der einflußreichsten Rüstungsproduzenten und Kriegsgewinnler in der New Yorker Zeitung „Post Heridian“<sup>2)</sup> mit der Forderung zu Wort, es müsse ein Rheinlandstaat geschaffen und vom übrigen Deutschland abgetrennt werden. Ihm assistierte am 5. Oktober 1945 in einem Interview mit der amerikanischen Nachrichtenagentur AP der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer mit dem Vorschlag: das Beste wäre, sofort aus den drei Westzonen einen Bundesstaat zu bilden und ihn wirtschaftlich so eng wie möglich mit Frankreich und Belgien zu verflechten. Dieselben Gedanken wiederholte er am 24. März 1946 in einem Vortrag in der Kölner Universität.

Die Spaltungsabsichten deckten sich mit den Vorstellungen der amerikani-

schen, britischen und französischen Imperialisten, Westdeutschland zu einem Bollwerk gegen den Sozialismus auszubauen. Dies bestätigte Prof. Matthias im „Neuer Vorwärts“ vom 3. April 1954, als er unter der Überschrift „Wie kam es zur Teilung Deutschlands?“ schrieb:

„Die Teilung Deutschlands kann man als Folge von Beschlüssen bezeichnen, die von einer kleinen, aber sehr einflußreichen Gruppe am 15. April 1945 in den Amtsräumen des Unterstaatssekretärs Clayton im amerikanischen Außenministerium gefaßt worden war... Da die Alternative zu Rußland Deutschland hieß, so beschloß man, Deutschland wiederaufzubauen und dann zu remilitarisieren. Deutschland sollte zu einem Bollwerk gegen Rußland gemacht werden.“

Über die Hintergründe des Verrats der drei Westmächte am Potsdamer Abkommen schrieb die „New York Herald Tribune“ am 20. Dezember 1947:

„Die Aufteilung Deutschlands wird den Vereinigten Staaten freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Weststaaten einzubauen.“

Die westdeutschen imperialistischen Kreise sahen hier ihre große Chance. So berichtete der amerikanische Journalist Edd Johnson in der Zeitung „Chicago Sun“, daß ihm der Repräsentant des Stahlvereins in Düsseldorf, Dr. Lahr, in einem Gespräch offen die Forderung mitteilte:

„Beseitigung des Potsdamer Abkommens, Preisgabe der Zusammenarbeit der vier Mächte in Deutschland und die Errichtung von zwei Deutschland, dessen westliche Hälfte als ein cordon sanitaire gegen die Sowjetunion ausgebaut werden soll.“

An der Spitze all derer, die als Handlanger der deutschen und ausländischen Imperialisten die Spaltung der Nation betrieben, stand der alte Separatist Konrad Adenauer. Nichts kennzeichnet besser den Inhalt seiner Politik bis auf den heutigen Tag als seine eigenen Worte, die er am 30. August 1954 dem französischen Ministerpräsidenten Mendes France sagte:

„Sie verlieren nichts, wenn Sie die

<sup>2)</sup> „Post Heridian“ vom 14. 5. 1945



deutsche Wiedervereinigung opfern; aber ich. Doch wir sind bereit, sie zu opfern, wenn wir in ein starkes westliches Lager eintreten können ...

Vergessen Sie nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht.“<sup>9)</sup>

### So wurde die Spaltung vollzogen

Am 12. September 1946 wurde ein separater Wirtschaftsrat als Zentralbehörde für die britische und amerikanische Zone in Minden geschaffen.

Am 25. Juni 1947 wurde der Frankfurter Zwei-Zonen-Wirtschaftsrat gebildet.

Vom 23. März bis 6. April 1948 wurden auf der Londoner Außenministerkonferenz der Westmächte die Spaltungspläne offiziell in die außenpolitischen Programme der Westmächte übernommen. Diese Konferenz beschloß, eine Spalterregierung einzusetzen, das Ruhrgebiet unter die Kontrolle der Westmächte zu nehmen und Westdeutschland mit dem Marshallplan wirtschaftlich an das USA-Kapital zu binden.

Mit der Einführung einer separaten Währung am 18. Juni 1948 in den drei Westzonen und der Einsetzung des sogenannten Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 mit dem Auftrag, eine Separatverfassung auszuarbeiten, wurden die „Londoner Empfehlungen“ Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt. Nach dem Zusammenschluß der französischen mit den zwei anderen westlichen Zonen am 10. April 1949 proklamierten die deutschen Monopolkapitalisten durch die von ihnen beauftragten westdeutschen Politiker am 7. September 1949 den westdeutschen Teilstaat und vollzogen damit die Spaltung Deutschlands. Auf der internationalen Pressekonferenz zum 15. Jahrestag des Grundgesetzes bewies Max Reimann<sup>4)</sup>, „... wie vom ersten bis zum letzten Tag jeder Schachzug, jede Etappe der Gründung der Bundesrepublik bis zur Einsetzung des ersten Kabinetts Adenauer von ausländischen imperialistischen Interessen diktiert und im Zusammenspiel

mit den Vertretern der westdeutschen Hochfinanz manipuliert wurde“.

Die Proteste der Sowjetregierung zum Bruch des Potsdamer Abkommens, alle ihre konstruktiven Vorschläge, gemäß den übernommenen Verpflichtungen, zentrale deutsche Verwaltungsstellen für die vier Zonen zu errichten, wurden abgelehnt, ebenso die Bemühungen der demokratischen Kräfte in ganz Deutschland. Noch am 6. Juni 1947 stellten die fünf Ministerpräsidenten der Länder der damaligen sowjetisch besetzten Zone auf der ersten und einzigen Konferenz der Ministerpräsidenten in München den Antrag, Fragen der politischen Einheit Deutschlands sowie die Bildung gesamtdeutscher Zentralverwaltungen als Vorbereitung einer künftigen gesamtdeutschen Regierung als Punkt 1 auf die Tagesordnung zu setzen. Alle elf Ministerpräsidenten der drei Westzonen lehnten dies mit der Begründung ab, das hätten ihnen die Militärregierungen verboten. Da auch die beantragte Stellungnahme zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands verweigert wurde, verließen die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone die Münchener Konferenz.

Und wenn die Spalter von Bonn nach der Methode „Haltet den Dieb!“ noch so oft behaupten, nicht sie, sondern die Sowjetunion und die SED hätten Deutschland gespalten, so strafen die geschichtlichen Tatsachen und auch die Reihenfolge der Ereignisse sie Lügen. Durch nichts können sie aus der Welt schaffen, daß die DDR sechs Wochen nach der Bildung des westdeutschen Staates, am 7. Oktober 1949 und fast 1½ Jahre nach der Einführung der separaten Währungsreform in den drei Westzonen gegründet wurde.

### Wie die Spaltung vertieft und zementiert wurde

Doch auch nach der Bildung der beiden deutschen Staaten setzte die

Regierung der DDR konsequent ihre Politik zur Überwindung der von den Imperialisten geschaffenen Tatsachen, ihre Politik für die Wiedervereinigung der Nation fort. In vielen Vorschlägen

<sup>9)</sup> Siehe „Der Spiegel“ Nr. 41/1963, S. 80/81

<sup>4)</sup> „Wissen und Tat“, Nr. 7/8, 1964

bot die Regierung der DDR Verhandlungen an, die zu einer Annäherung und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten hätten führen können. Die herrschenden Kreise in Bonn antworteten auf alle Vorschläge mit einem krassen Nein. Sie zementierten die Spaltung durch ihre NATO-Politik und durch die Schaffung immer neuer Tatsachen der Militarisierung. Mit ihren Aggressionsforderungen und dem Verlangen nach atomaren Waffen schufen sie immer neue Tatsachen des nationalen Verrats. Die DDR ließ sich auf ihrem Wege nicht beirren; sie entwickelte sich zu einem festen Bollwerk des Friedens in Deutschland. Ihre Politik der friedlichen Koexistenz, der Entspannung und Abrüstung dient dazu, dem ganzen deutschen Volk den Frieden zu sichern. Die DDR schlägt vor, einen deutschen Friedensvertrag abzuschließen und eine Konföderation beider deutscher Staaten zu schaffen. Sie weist damit den einzig realen Weg zu einem geeinten, friedliebenden und demokratischen Deutschland. Am 13. August 1961 hat die DDR die militärische Provokation der westdeutschen Imperialisten vereitelt und einen Bruderkrieg verhindert. Seither haben auch immer mehr Menschen in der Bundesrepublik die Aussichtslosigkeit der Politik der Stärke und der Gewalt gegenüber der DDR erkannt. Sie erkennen die Notwendigkeit des friedlichen Nebeneinanderlebens der beiden deutschen Staaten, der einzigen Möglichkeit, durch eine Verständigungspolitik zu sachlichen Beziehungen zu kommen und den Weg zur Wiedervereinigung zu ebnen. Nur durch die Zurückdrängung des Militarismus kann dieser Weg freigemacht werden.

Jede vorurteilslose Prüfung muß somit erkennen, daß die DDR alles getan hat und noch tut, um die nationalen Fragen des deutschen Volkes einer friedlichen Lösung zuzuführen. Eine solche Prüfung aber beweist auch, daß die herrschenden Kreise der Bundesrepublik, angefangen mit der Gründung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl und mit dem sogenannten

Deutschlandvertrag und schließlich mit der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und dem NATO-Beitritt aber auch alles veranlaßten, um die Spaltung zu vertiefen. Sie haben das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes preisgegeben.

Die Leute vom Schlage Trettner, von Hassel, die Strauß, Adenauer und Guttenberg wissen sehr wohl, warum sie heute den Menschen einreden wollen, der zwischen der UdSSR und der DDR abgeschlossene Freundschafts- und Beistandspakt vertiefe die Kluft in Deutschland zementiere die Spaltung. Da jedoch die deutschen Imperialisten seit jeher das Kräfteverhältnis nicht richtig einschätzen konnten, wollen sie auch jetzt nicht zur Kenntnis nehmen, daß dieser Vertrag einen Schlußpunkt unter die Illusion setzt, man könne die DDR kassieren oder aushandeln, sei es durch militärische Gewalt, sei es durch Erpressung oder durch diplomatische Schliche. Dafür aber macht der Freundschaftspakt UdSSR/DDR das Tor auf für die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten, ermutigt er alle jene, die für realistische Politik eintreten. Ausdrücklich ist nämlich im Vertragstext festgelegt, daß im Falle der Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates oder des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages dieser Vertrag auf Wunsch jeder der beiden vertragschließenden Parteien vor Ablauf der Frist von 20 Jahren überprüft werden kann. Erfreulicherweise gibt es auch in der Bundesrepublik Persönlichkeiten, ja auch Kreise innerhalb der Bourgeoisie, deren Sinn für die Realitäten wächst und die einsehen, daß mit diesem Vertrag endgültig die gefährliche und abenteuerliche Anmaßung, für ganz Deutschland zu sprechen, vom Tisch gefegt wurde und daß es höchste Zeit ist, mit einer wirklich neuen Politik der Vernunft in Deutschland zu beginnen.

In dem durch Walter Ulbricht im „Stern“<sup>5)</sup> eingeleiteten offenen deutschen Gespräch vertreten immer öfter Publizisten und Politiker auch aus der Bundesrepublik den Standpunkt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ein langwieriger Prozeß ist. Viele Menschen gehen in ihren Überlegun-

<sup>5)</sup> Siehe „Stern“, 1. Dezember-Nummer 1963

gen schon davon aus, daß es in Deutschland zwei Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen gibt, die man nicht einfach miteinander vermischen kann, daß nur auf dem Wege der friedlichen Koexistenz, durch eine Zusammenarbeit zunächst auf den wichtigsten Gebieten und schließlich durch eine Konföderation beider deutscher Staaten die Wiedervereinigung möglich ist. So stellte der bekannte Publizist Sebastian Haffner fest, daß jede Wiedervereinigung mit der Wiederannäherung der beiden deutschen Staaten beginnen muß, und der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Kohut erklärte, daß die Anerkennung der DDR und Verhandlungen mit der Regierung der DDR notwendig sind. Die Alternative zu dem Weg der Gespräche und der Verhandlungen — so entwickelt der Westberliner Theologe Prof. D. Heinrich Vogel in seinen Thesen zu einer notwendigen deutschen Entspannungspolitik — könnte schließlich nur ein Krieg sein, der für unser Volk den Selbstmord, für die ganze Welt namenloses Unheil bedeuten müßte.

Völlig richtig schätzt der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Gerhard Koch in der „Bielefelder Presse“ vom 30. April 1964 die Situation ein, wenn er fordert: „... die große Aufgabe der Opposition ist, dafür zu sorgen, daß die Politik des Ignorierens, Boykottierens und Attackierens gegenüber der DDR abgebaut wird.“ Als das Nutzbringendste für beide Teile bezeichnet Dr. Gerhard Koch „eine Politik der zielbewußten Verständigung“.

Auf ihrem Parteitag 1963 hat die Kommunistische Partei Deutschlands ein Programm für eine nationale deutsche Politik beschlossen. Sie hat alle Menschen, die Frieden, Demokratie und Wiedervereinigung wollen, aufgerufen, gemeinsam eine selbständige deutsche Politik durchzusetzen.

Die Wiedervereinigung ist unmöglich, solange Monopolherren und Militaristen die Bundesrepublik beherrschen. Sie sind es, die Deutschland gespalten haben und heute den verhängnisvollen Kurs des Krieges steuern. Die Wiedervereinigung kann nach den geschichtlichen Erfahrungen nur auf friedlichen und demokratischen Grundlagen erfolgen. Über diesen Weg wird in der vom Parteitag der KPD 1963 beschlossenen Programmatischen Erklärung eine klare Antwort gegeben:

„Mit der Überwindung des Militarismus und Imperialismus, mit der Entmachtung des Monopolkapitals in der Bundesrepublik wird das Hindernis beseitigt, das der Wiederherstellung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes im Wege steht.“

Zwischen einer friedlichen und demokratischen Bundesrepublik und dem sozialistischen Friedensstaat der Arbeiter und Bauern, der Deutschen Demokratischen Republik, wird es keine einer Wiedervereinigung entgegenstehenden politischen Schwierigkeiten mehr geben. So wird das vom ganzen deutschen Volk ersehnte hohe nationale Ziel der Wiedervereinigung verwirklicht werden.“<sup>(9)</sup>

## Der zweite Weltkrieg und 25 Jahre später

Von OTTO STEIN

**E**n Vierteljahrhundert ist vergangen, seit am 1. September 1939 der zweite Weltkrieg seinen Anfang nahm. Mehr als 19 Jahre ist es her, daß er zu Ende ging. Aber noch immer haben wir keinen gesicherten Friedenszustand, fehlt ein Friedensvertrag, schwelen die Überreste dieses zweiten

Weltkrieges. Noch immer haben wir eine offizielle Bundespolitik, die sich auf kalten Krieg und atomare Rüstung orientiert, statt auf eine realistische Friedenspolitik. Hängt das nicht damit zusammen, daß die Bewältigung der Vergangenheit zwar zur Pflichtfloskel bundesoffizieller Sonn- und Feiertagsreden gehört, aber daß sie tatsächlich noch als brennende Aufgabe vor uns steht?

<sup>9)</sup> „Wissen und Tat“, Sondernummer Juni 1963, S. 33



**B**ewältigung der Vergangenheit, das heißt vor allem, zu erkennen, wo die Ursachen dafür liegen, daß unser Volk in einem halben Jahrhundert zweimal in Weltkriege gestürzt wurde; zu erkennen insbesondere, wer schuld hatte am zweiten Weltkrieg und daraus die Konsequenzen zu ziehen: die Verantwortlichen zu hindern, eine dritte Katastrophe auszulösen und stattdessen eine neue, eine Friedenspolitik durchzusetzen.

Aber die herrschenden Kreise sind offensichtlich nicht interessiert, an solch einer Bewältigung der Vergangenheit. Statt die unwiderlegbaren Tatsachen zu beachten, versuchen sie die Frage nach den Ursachen und den Schuldigen des zweiten Weltkrieges zu einem Diskussionsthema zu machen, in dem es verschiedene Meinungen geben könne. (Ganz abgesehen davon, daß in Schulbüchern und Artikeln Hitlers Verbrechen verschwiegen oder verniedlicht werden und ihm nicht so sehr die Kriegsschuld, sondern vor allem die Schuld an der Niederlage angekreidet wird.) Den bisherigen Höhepunkt hat sich der Ex-Verteidigungsminister und CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß geleistet. Auf einer CSU-Tagung in Ottobeuren am 23. Mai dieses Jahres bedauerte er, „daß jetzt wieder die These von der alleinigen Schuld Deutschlands an den Weltkriegen auftauche“ und erklärte, „Hitler habe den Weltkrieg nicht gewollt.“ Also sollen nach Strauß offenbar die Regierungen Englands und Frankreichs schuld sein, weil sie entsprechend ihrem Beistandspakt mit Polen Hitler nach dessen Überfall auf Polen den Krieg erklärten.

Der von keinem Historiker ernst genommene faschistische amerikanische Professor Hoggan schiebt in seinem Buch „Der erzwungene Krieg“ die Kriegsschuld ebenfalls den Engländern in die Schuhe und versucht, Hitler reinzuwaschen. Es ist also offensichtlich kein Zufall, daß gerade die Leute um Strauß und Seeböhm diesen Hoggan in der Bundesrepublik hochzuspielen versuchten, daß sein Buch im Verlag der „Deutschen Hochschul-

Lehrerzeitung“ erschien — der vom Bundunterstützt wird — und ihm dann demonstrativ Preise für sein Machwerk verliehen wurden, die die Großindustrie spendierte. So zum Beispiel der „Hoggan-Leuchter“, gestiftet vom neonazistischen „Deutschen Kulturwerk“, das von Spenden der Industrie lebt, wobei diese Spenden Steuerfreiheit genießen, da die Bundesregierung das „Deutsche Kulturwerk“ ausdrücklich zu den gemeinnützigen und daher förderungswürdigen Einrichtungen zählt. Oder der mit 10 000 Mark dotierte Ranke-Preis, gestiftet von der „Gesellschaft zur Förderung geschichtswissenschaftlicher Forschung“. Ihr Vorsitzender erklärte: „Viel Geld kam schließlich von großen Leuten der Industrie, die ihren Namen nicht nennen wollen.“

Die Bundesregierung selbst zog es angesichts des zu erwartenden internationalen Echos allerdings vor, sich im letzten Augenblick von dieser Sache zu distanzieren. Ein Teil ihrer Presse antwortete auf Strauß und Hoggan mit der erprobten Formel, „Hitler ist schuld“. Aber genügt sie? Hing die Entscheidung über die rund 50 Millionen Menschenleben, die der zweite Weltkrieg forderte, tatsächlich an einem einzigen Menschen? Ist das nicht der Versuch, mit der Schuldigsprechung einer Person das Regime und die gesellschaftlichen Kräfte freizusprechen, — ganz einfach deshalb, weil die Hauptverantwortlichen heute bei uns wieder in Schlüsselpositionen sitzen? Hätte Hitler den Krieg beginnen und führen können ohne willige Generale, ohne Wirtschaftsführer, die für die Rüstungsproduktion sorgten? Ohne Richter, die seine Gegner richteten? Ja, wer brachte ihn überhaupt an die Macht, wer finanzierte seine Partei, daß sie in der Lage war, mit ihrer Propaganda große Teile unseres Volkes zu überfluten?

Die Tatsachen sprechen eine unwiderlegbare Sprache. Die Schwerindustriellen von Rhein und Ruhr, die IG-Farben, die Deutsche Bank, die Kirdorf und Thyssen, die Vöglers und Springorum, die Flick, Schacht, Krupp, Abs und ter Meer brachten ihn zur Macht. Mit den fünf Pfennig pro Tonne Kohle, die das rheinisch-west-

\*) „Nürnberger Nachrichten“ vom 25. Mai 1964

fälische Kohlensyndikat an die Kasse der NSDAP abführte, begann es. Hunderte Millionen Mark folgten über die sogenannte Hitlerspende und über verschiedene Förderer- und Freundeskreise hoher Naziführer. Das sind die gleichen Kreise, die heute, wie zum Beispiel der Rhein-Ruhr-Club, den Hoggan-Rummel inszenierten und finanzierten. Die aggressivsten Kreise des deutschen Finanzkapitals, der Industrie- und Bankwelt, zusammen mit den Vertretern des preußischen Junkertums und des Militarismus verhalfen Hitler zur Macht, weil sie in ihm und seiner Bewegung das geeignete Werkzeug sahen, eine fortschrittliche Entwicklung in Deutschland zu verhindern und ihre Niederlage im ersten Weltkrieg zu revidieren, Macht und Einfluß wieder auszudehnen zum Nutzen und Frommen ihres Profits. Sie wollten sich gesundstoßen an den Getreidefeldern der Ukraine und an dem Erdöl von Baku. Sie wollten sich gesundstoßen an ganz Europa. Hitler und der Faschismus waren die zwingende Folge des Dranges der deutschen Monopole nach der Welt-herrschaft.

In den Jahren unmittelbar nach 1945 gab es keine Partei, die diese Tatsachen auch nur in Frage stellte. Dr. Kurt Schumacher zog für die west-deutsche Sozialdemokratie die Schlußfolgerung:

„Wir stehen vor der einmaligen Chance, die Cliquenüberreste der großkapitalistischen Kräfte in Westdeutschland zu entmachten. Die Männer der Vereinigten Stahlwerke, und die Leute von Flick, von Klöckner, von Hoesch, vom Otto-Wolff-Konzern und von all den Konzernen, die für die Politik des Dritten Reiches, ihr Zustandekommen und ihre Durchführung, verantwortlich sind.“<sup>3)</sup>

Selbst die CDU mußte zunächst aus der Kriegsschuld des deutschen Mono-

polkapitals die Schlußfolgerung ziehen:

„Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmen unserer Wirtschaft müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.“<sup>4)</sup>  
„Der Kern des Problems lautet: Gründliche Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsepoche durch einen Sozialismus christlicher Verantwortung.“<sup>4)</sup>

Mit diesen Forderungen nach einem Neubeginn, nach einer demokratischen Friedensordnung stimmten die Festlegungen im Potsdamer Abkommen völlig überein: Ausrottung von Nazismus und Militarismus, Bestrafung der Kriegsverbrecher, Beseitigung der für den Krieg verantwortlichen Konzerne, Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens.

In den Konzentrationslagern und Zuchthäusern hatten sich Sozialdemokraten und Kommunisten gelobt, in Zukunft gemeinsam zu handeln, Faschismus und Militarismus für immer auszurotten und ein neues Deutschland zu errichten. Noch auf den Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften 1947/48 bestand Einigkeit darüber, daß das Übel mit der Wurzel ausgerottet werden muß und das deutsche Monopolkapital niemals wieder sein Haupt erheben darf.

Dort, wo diese Lehren der Geschichte beherzigt wurden, wo sich die Arbeiterklasse zusammenfand, wo SPD und KPD sich zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vereinigten, in der heutigen DDR, wurden die Konzernherren und Großgrundbesitzer enteignet, der Militarismus beseitigt und der erste deutsche Friedensstaat geschaffen.

Bei uns in der Bundesrepublik hingegen bestimmen die Mächtigen der Industrie und Bankwelt, die Hitler zu ihrem Werkzeug erkoren hatten und die die Hauptschuld am zweiten Weltkrieg tragen, wieder die Politik. Und es paßt in dieses Bild, wenn die Bundesregierung dem Hamburger Historiker Prof. Fischer Mittel für eine Vortragsreise nach den USA verweigern ließ, denn Fischer hat es gewagt, in seinem Buch „Griff nach der Weltmacht“ die Aggressivität des deutschen Imperialismus nachzuweisen.<sup>5)</sup>

<sup>3)</sup> Protokoll des SPD-Parteitag Nürnberg 1947. S. 48/49

<sup>4)</sup> „Bericht über die erste Reichstagung der CDU in Godesberg vom 14. bis 16. Dezember 1945 Entschließung Nr. 2

<sup>5)</sup> „Turmwächter der Demokratie“. Band I Aradi-Verlag Berlin 1954, S. 132

<sup>6)</sup> Protokoll des Deutschen Bundestages, 124. Sitzung am 29. April 1964

## II.

Es ist also kein Zufall, daß die Bundesrepublik zum Hauptstörfried in Europa geworden ist. So wie das deutsche Großkapital durch den zweiten Weltkrieg die Ergebnisse des ersten revidieren wollte, so geht es ihm heute darum, durch einen dritten Weltkrieg die Niederlage im zweiten rückgängig zu machen. Der bürgerliche Publizist Sebastian Haffner schrieb in der Zeitschrift „Stern“ vom 31. Mai 1964 zur Politik der Bundesregierung seit 1949:

„Die spekulative Hoffnung, in einem dritten Weltkrieg vielleicht an einem westlichen Sieg teilzuhaben und damit den verlorenen zweiten Weltkrieg sozusagen ungeschehen zu machen, war damals (1950/51) nicht absolut phantastisch . . . „Entspannung“ und „Koexistenz“ sind an die Stelle des „kalten Krieges“ getreten. Nur die Bundesrepublik lebt immer noch geistig im Jahre 1950, führt kalten Krieg gegen den Weltkommunismus, baut auf die splitternde und wankende NATO, rüstet, als ob der Krieg bevorstände und überlebt werden könnte und fordert ganz offiziell Dinge, die ihr nur ein dritter Weltkrieg geben könnte, wie die Abschaffung der DDR und die Grenzen von 1937 . . . Heute beginnt es so auszusehen, als ob die Bundesrepublik dem Westen für ihre Privat Zwecke einen dritten Weltkrieg zumuten wollte, den keiner mehr will, keiner mehr wollen kann — und der doch auch für die Bundesrepublik, für sie sogar als allererste, die Totalvernichtung und Ausrottung wäre.“

Durch einen dritten Weltkrieg die Ergebnisse des zweiten revidieren wollen, das ist es, was unter dem Begriff Revanchismus zu verstehen ist. Das erklärt Bonns Drängen nach Atomwaffen um jeden Preis. Das steckt hinter der Ablehnung eines Friedensvertrages, der die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges fixieren würde. Das steckt hinter der Ablehnung der bestehenden Grenzen, hinter der Nichtanerkennung der DDR, hinter der Forderung der Bundesregierung nach den Grenzen von 1937, wie auch der Seehoß nach „Rückgabe der geraubten Sudetengebiete“. Und je

stärker die Konzentration in der Wirtschaft, je größer der Reichtum der Monopole, desto lauter das Revanchegeschrei im Stile Seehoßs. Auf dieser Grundlage wuchert der reaktionäre Geist in der Bundeswehr, den Wehrbeauftragter Heye anprangerte. Erneut ist es das Ziel, alte Macht- und Einflußgebiete wieder zu erringen, im Interesse des Profits einer Handvoll Konzernherren. Deshalb die krampfhaften Bemühungen der Bundesregierung, jedem Entspannungsschritt entgegenzuwirken. Wer auf einen dritten Weltkrieg spekuliert, kann natürlich nur am kalten Krieg und an der Schürung von Spannungen interessiert sein, nicht aber an einer Politik des Verhandelns und des Ausgleichs mit dem Osten. Wer auf einen dritten Weltkrieg hinsteuert, um die Niederlage im zweiten zu revidieren, also in die Fußstapfen Hitlers tritt, ist natürlich bemüht, ihn zu rechtfertigen, wie das Franz Josef Strauß als Sprecher der kalten Krieger in Ottobrunn tat. Der ist für eine Konzentration der reaktionärsten Kräfte, wie sie Strauß durch verstärkte Zusammenarbeit der CSU mit den Landsmannschaftsführern, mit der im Witiko-Bund zusammengeschlossenen ehemaligen SS-Gauleitung Sudetenland, mit den Kräften um die „Deutsche National- und Soldatenzeitung“ und der faschistischen sogenannten Gesamtdeutschen Partei anstrebt.

Von diesem Strauß stammt das Wort: „Der zweite Weltkrieg ist noch nicht zu Ende.“ Er erklärte im Juli 1961 in Santa Rosa:

„Aufgabe der Deutschen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist es, die Fehler Hitlers zu korrigieren, durch welche der Kommunismus bis ins Herz Europas vorstoßen konnte und den Kommunismus zurückzurollen.“

Und dazu die Hitlergenerale mit ihrer Bundeswehr als Staat im Staate. Als Armee mit den Waffen von morgen, aber mit dem Geist von gestern. Dazu die drohenden Notstandsgesetze. Hier zeigt sich deutlich die gefährliche Situation in der Bundesrepublik, die, wie Walter Ulbricht in seinem Brief an Erhard vom 26. Mai 1964 mit ein-

dringlichen Worten schrieb, „eines baldigen Tages in offenen Faschismus übergehen kann.“

Revanchismus, Forderungen nach Revision der bestehenden Grenzen, verbunden mit hektischer Aufrüstung, das ist heute wie vor dem zweiten

Weltkrieg Kriegsvorbereitung, Kriegspolitik. Eine Politik, durch die Deutschland in diesem Jahrhundert immer kleiner wurde und die heute angesichts der Gefahr von Bruderkrieg und Atomtod die Existenz unserer ganzen Nation aufs Spiel setzt.

### III.

Die Kluft zwischen den revanchistischen Plänen des deutschen Großkapitals und ihrer Verwirklichung ist heute größer denn je.

Die Verhältnisse in der Welt sind offensichtlich ganz andere als 1939 oder gar als 1914. Das Kräfteverhältnis hat sich eindeutig zugunsten des Friedens und des Sozialismus verschoben. Davon ausgehend kam die Moskauer Beratung der kommunistischen Weltbewegung 1960 zu dem Schluß:

„Der aggressive Charakter des Imperialismus hat sich nicht geändert. Dennoch haben sich reale Kräfte gebildet, die seine Aggressionspläne vereiteln können... Das sozialistische Weltlager, die internationale Arbeiterklasse, die nationale Befreiungsbewegung, alle Länder, die gegen den Krieg auftreten, und alle friedliebenden Kräfte können durch vereinte Bemühungen einen Weltkrieg verhindern... Die Kommunisten der ganzen Welt setzen sich einmütig und konsequent für die friedliche Koexistenz ein.“

Die gegen jede Entspannung gerichtete Revanchepolitik der in der Bundesrepublik tonangebenden kalten Krieger von Adenauer und Strauß bis Barzel, Dufhues und Guttenberg gerät nicht nur in Widerspruch zu den realistischen denkenden führenden Kreisen der USA und Englands, die Schritte zu einer friedlichen Koexistenz dem Atomtod vorziehen. Das neue Kräfteverhältnis in der Welt, die Friedenspolitik der sozialistischen Länder, insbesondere der Sowjetunion und der DDR, die Entspannungsschritte zwischen den beiden Weltmächten Sowjetunion und USA sowie das unermüdliche Wirken der Friedenskräfte Westdeutschlands fördern auch innerhalb der Bundesrepublik

den Differenzierungsprozeß in der Bourgeoisie, ja selbst in der Monopolbourgeoisie. Es mehren sich die Stimmen, wie zum Beispiel von Dehler und Kohut, die für ein vernünftiges Verhältnis zur Sowjetunion eintreten. Zugleich gewinnt vor allem seit der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls in Berlin am 13. August 1961 die Erkenntnis Raum, daß die DDR eine Realität ist und alle Pläne, sie der Bundesrepublik durch militärische Gewalt, wirtschaftlichen Druck oder ideologische Aufweichung einzuverleiben, endgültig bankrott gemacht haben. Am deutlichsten von allen bürgerlichen Publizisten sprach das Sebastian Haffner in der Zeitschrift „Stern“ vom 26. Januar dieses Jahres aus. Vom Banrott der Bonner Deutschlandpolitik ausgehend schrieb er:

„Was aber heißt es dann noch, wenn sie (Lemmer und Barzel) verlangen, die Bundesrepublik solle fortfahren, die Existenz der DDR zu leugnen und jede Abmachung mit ihr zur Milderung der Spaltung, zur Annäherung und schließlich Wiedervereinigung zu verweigern? Es kann nicht mehr heißen: Wir wollen die DDR vernichten. Dahin gibt es keinen Weg mehr. Es kann nur noch heißen: Wir wollen die deutsche Spaltung weiter so tief, so scharf und so unangenehm wie möglich halten, wir wollen weiter zweck- und ziellos Deutsche gegen Deutsche hetzen.“

Der Moskauer Freundschafts- und Beistandspakt zwischen der UdSSR und der DDR vom 12. Juni dieses Jahres sollte jedermann endgültig deutlich gemacht haben, daß es nur einen Weg zur Sicherung des Friedens in Deutschland und zur Wiedervereinigung gibt: Gleichberechtigte Verhandlungen zwischen beiden deutschen Regierungen.

Bürgerliche Politiker, wie der FDP-Bundtagsabgeordnete Dr. Kohut, treten für die Bildung einer deutschen Konföderation ein und betonen: „Solange wir Deutschen nicht darangehen, über die deutsche Wiedervereinigung zu verhandeln, solange wird Deutschland nicht wiedervereinigt.“<sup>9)</sup>

In der März-Ausgabe der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ plädierte der Publizist Helmuth Lindemann für eine neue Politik, für die Koexistenz beider deutscher Staaten und für die Normalisierung der Beziehungen zueinander. In der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“ war es der 2. Vorsitzende des DGB-Ortskartells Neu-Isenburg, Josef Knecht, der forderte: „daß auch der DGB sein großes großes Gewicht in die Waagschale wirft, um eine neue Politik durchzusetzen.“ Und diese gewerkschaftlichen

Stimmen nach Gesprächen und Verständigung mit der DDR mehrten sich.

Gerade in den Gewerkschaften und in der SPD gilt es bis nach oben hin die Erkenntnis durchzusetzen, daß alles Streben nach Frieden und Sicherheit, nach Demokratie und sozialem Fortschritt, daß die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Beschlüsse und Forderungen gegen Atomrüstung und Notstandsgesetze sowie nach eigenen Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung untrennbar verbunden ist mit der Durchsetzung einer Politik des Verhandels und der Verständigung mit der DDR.

Die bitteren Lehren zweier Weltkriege gebieten, daß die Arbeiterklasse den Einfluß der aggressivsten Monopole zurückdrängt und deren zum Scheitern verurteilten Politik der Stärke eine Alternative des Friedens und der Verständigung entgegenstellt.

## Den Bundeswehrsoldaten helfen — den Ungeist des Militarismus ausrotten!

Von JUPP ANGENFORT

Die Zustände in der Bundeswehr sind ein Skandal! — erklärte der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg, als bekannt wurde, daß der Rekrut Deigl bei glühender Hitze in den Tod gejagt wurde, während zur gleichen Zeit das „Bundesverteidigungsministerium“ in Bonn und seine Kommandeure hitzefrei machten. Diese Feststellung des DGB, die Erklärungen vieler junger Gewerkschafter, die Soldaten waren — zum Beispiel die Information über Antisemitismus und Revanchismus in der Bundeswehr, die vom Bundesjugendausschuß der Gewerkschaft ÖTV gegeben wurde — und vor allem der Bericht des Wehrbeauftragten Heye machen der beunruhigten und tiefempörten Bevölkerung der Bundes-

republik deutlich: Mit der Bundeswehr wurde keine demokratische Armee geschaffen, wie das die herrschenden Kreise vor acht Jahren feierlich versichert haben. Hier wurde vielmehr eine Armee geschaffen, von der der Wehrbeauftragte Heye selbst sagen muß, daß sie mit den Waffen von morgen ausgebildet, aber im Geist von gestern erzogen wird, daß sie sich zum „Staat im Staat“ entwickelt, eine Armee, in der Drill und ein menschenverachtender Militarismus herrschen.

Die KPD hat schon vor vielen Jahren, bei Beginn der Remilitarisierung, vor dieser Entwicklung gewarnt. Unsere Partei hat bereits damals erklärt, daß die Bundeswehr keine demokratische Armee ist, sondern das Machtinstrument der in der Bundesrepublik herrschenden Monopolherren und Militaristen, ein Machtinstrument, das die Aufgabe haben soll, die alten revanchistischen Ziele der deutschen Imperialisten und Militaristen durchzusetzen und im Innern der Bundes-

<sup>9)</sup> Aus der schriftlichen Erklärung Dr. Kohuts, die vom „Forum für eine deutsche Politik der Mitte und der Verständigung“ am 6./7. Juni 1964 in Frankfurt (Main) als Entschließung angenommen wurde.



republik alle demokratischen Kräfte, vor allem die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften zu unterdrücken. Wir haben schon damals erklärt, daß in dieser Armee nicht der „Staatsbürger in Uniform“ dienen wird, sondern Schikane und Mißachtung der Menschenwürde herrschen werden. Die KPD hat deswegen die Remilitarisierung bekämpft. Das war einer der Gründe, warum sie verboten wurde. Alle Warnungen der KPD wurden im Laufe der Jahre, zuletzt durch den Bericht des Wehrbeauftragten Heye, bestätigt. Es zeigt sich hiermit erneut, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik eine legale Kommunistische Partei braucht.

### **Bundeswehr von Kriegsverbrechern und Schindern säubern!**

**N**ein, hier darf es kein Verschleiern geben. Wir, die KPD, und mit uns viele Gewerkschafter und Arbeiterjugendorganisationen fordern schon seit Jahren, daß die Bundeswehr von denen gesäubert wird, die unsere Jungen schikanieren, ihre Menschenwürde mit Füßen treten. Aber das muß oben beginnen! Der Kriegsverbrecher und Ernazi Trettner, der noch nach den Enthüllungen des Wehrbeauftragten Heye in einem Tagesbefehl die Schinderei in der Bundeswehr geradezu ermunterte, muß weg! Und der Kriegsminister von Hassel muß weg! Ein Mann, der revanchistische Forderungen erhebt, der die atomare Vorwärtsstrategie predigt, der nach dem Tod des Soldaten Trimborn in Nagold erklärte, daß die Ausbildung in der Bundeswehr nicht hart genug sei, trägt besondere Verantwortung. Er muß hinausfliegen aus der Bundesregierung!

In Tausenden von Leserbriefen und Berichten haben heutige und ehemalige Bundeswehrsoldaten, selbst Offiziere, bestätigt, daß es in ihrer Einheit so aussah wie in Nagold, wie es in dem Bericht des Wehrbeauftragten zum Ausdruck kommt. Soldatenschinderei, erzreaktionäre, verfassungsfeindliche Entwicklung in der Bundeswehr — das ist kein Zufall, das ist System!

Im Grundsatzprogramm des DGB wird festgestellt, daß in der Bundesrepublik nach 1945 die alten Macht- und Besitzverhältnisse wiederher-

Die Scharfmacher in der Bundesrepublik, unter ihnen Kriegsminister von Hassel und Bundeswehr-Inspekteur Trettner, versuchen, die empörten Eltern und Arbeitskollegen Tausender Bundeswehrsoldaten auf die falsche Fährte zu locken. Nicht sie, nicht das System sei schuld, erklären sie mit unverfrorener Frechheit, sondern die niederen Chargen, die Rekrutenausbilder. Aber wer erzog denn die Ausbilder von Deigl und Trimborn? Wer drillte ihnen denn jenen barbarischen Geist ein? Wer griff denn den Wehrbeauftragten Heye an, der bloßlegte, daß Soldaten in der Bundeswehr „wie Tiere abgerichtet“ werden? Das waren doch gerade Trettner und Hassel!

gestellt worden sind. Es herrschen die gleichen Kräfte in der Bundesrepublik, die maßgeblich an der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges beteiligt waren. Regierung, Staatsapparat und Bundeswehr sind durchsetzt von Leuten, die in führenden Stellen des Hitlerstaates standen. An der wachsenden Aufrüstung profitieren erneut die Wehrwirtschaftsführer und die Monopolherren des 3. Reiches. Während der erste deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat, die Deutsche Demokratische Republik durch ihren Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht die deutsche Friedensdoktrin verkündete, deren Inhalt die Förderung der internationalen Entspannung, der Verzicht auf Atomwaffen, die Lösung der deutschen Frage auf dem Wege der Verständigung und der Annäherung der beiden deutschen Staaten ist, haben die Scharfmacher in Bonn erneut den Kriegskurs eingeschlagen. Ihr Ziel ist nicht die Verteidigung der Landesgrenzen, nicht die Sicherung des Friedens. Die Bonner Regierung ist die einzige Regierung in Europa, die territoriale Forderungen stellt. Das Ziel der Bonner Militärpolitik ist es, zum dritten Mal in diesem Jahrhundert den Versuch zu unternehmen, die Grenzen in Europa zu verändern und den Machtbereich des deutschen Monopolkapitals auszudehnen. Für dieses Ziel wird die Bundeswehr gedrillt. Diesem Ziel dient die „Vorwärtsstrategie“ und die Forderung nach einer multilateralen Atommacht. In dieser Politik,

die uns die Vertiefung der Spaltung Deutschlands, nicht Sicherheit, sondern Unsicherheit, tödliche Gefahr für das Leben der Bevölkerung und den Bestand der Nation bringt, liegen die Ursachen für die erzreaktionäre, verfassungswidrige und die Würde des Menschen mißachtende Entwicklung in der Bundeswehr.

Der Bundeswehrsoldat soll zum Bruderkrieg gegen den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat reifgemacht werden. Bei der „Ranger-Ausbildung“ (sprich: Killer-Ausbildung) von Bundeswehrsoldaten in Schongau — eine Einheit, die dem General Gericke untersteht, der den Rekruten Deigl in den Tod jagen ließ — wird ganz offen darüber gesprochen. Der Bundeswehrsoldat soll reifgemacht werden, gegen seine eigenen Arbeitskameraden in der Bundesrepublik vorzugehen. Er soll bereit sein,

### Für eine grundlegende Änderung

Es genügt deswegen nicht, für die Einhaltung der Grundsätze des „Staatsbürgers in Uniform“ einzutreten, gegen „unverbesserliche Kommissköpfe“ vorzugehen — wie Wehrbeauftragter Heye das sagt. Entscheidend ist, für eine Änderung der Politik in der Bundesrepublik gegen jeglichen Revanchismus, für einen eigenen Abrüstungsbeitrag der Bundesrepublik, für Verzicht auf jegliche atomare Aufrüstung, für Verständigung und Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, für den Schutz der Verfassung, für die Verbesserung der sozialen Lage auf Kosten der Aufrüstung — einzutreten. Wenn der alte Geist aus der Bundeswehr soll, muß dem Antikommunismus entgegengetreten werden; denn mit dem Antikommunismus wurden die Verbrechen des Hitlerfaschismus vorbereitet und durchgeführt, wurden Millionen Menschen in den Tod gejagt.

Die Wehner-Erler-Gruppe in der SPD hat zu einem Zeitpunkt, in dem der reaktionäre Geist in der Bundeswehr sogar vom Wehrbeauftragten Heye angeprangert wird, in einem Artikel des SPD-Pressedienstes vom 17. Juli 1964 die Gewerkschaften aufgefordert, ein Bekenntnis zur Bundes-

sich — wie Kriegsminister von Hassel das bereits ankündigte — nach Süd-vietnam verfrachten zu lassen, um im schmutzigen Krieg ein freiheitsliebendes Volk zu unterdrücken. Die Bundeswehrsoldaten sollen bereit sein, die Rolle des „verlorenen Haufens“ innerhalb der NATO zu spielen, einen entsetzlichen Atomkrieg zu führen, der die Heimat vernichten müßte. Dieser Zielsetzung entsprechen die brutalen Ausbildungsmethoden und die antikomunistische und revanchistische Verhetzung der Soldaten. In der Bundeswehr verbindet sich der preußisch-deutsche Kasernenhofdrill mit seinem System der „Abrichtung“ des Soldaten zu einem ergebenen Werkzeug in den Händen der herrschenden Militärclique mit den Killer-Methoden in der US-Armee und der „Erziehung zur Härte“ nach dem Vorbild der französischen „Paras“.

wehr abzulegen. Es heißt im SPD-Pressedienst:

„Heutzutage sind die Streitkräfte eine Institution des demokratischen Staates. Aus diesem Grunde müssen die Gewerkschaften ihnen gegenüber eine andere Haltung einnehmen als etwa zur Zeit Kaiser Wilhelm II.“

Aber die Gewerkschaften erklären in ihrem Grundsatzprogramm mit Recht, daß in der Bundesrepublik die alten Macht- und Besitzverhältnisse wiederhergestellt wurden. Es sind also die gleichen Klassenkräfte, deren Instrument die Bundeswehr ist. Und was für ein Unterschied besteht zwischen der Forderung Wilhelm II., daß die Soldaten bereit sein müßten, auf Vater und Mutter zu schießen, und der Aufgabenstellung durch Bundespräsident Lübke, daß der Soldat der Bundeswehr in die Lage kommen kann, gegen seine eigenen Landsleute zu kämpfen?

Die Gewerkschaften erklären in ihrem Grundsatzprogramm den Frieden zur obersten Aufgabe und Voraussetzung jeglichen Fortschritts. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik aber erheben revanchistische Forderungen und predigen die atomare Vorwärtsstrategie. Die Gewerkschaften fordern den Schutz des Grund-

gesetzes und die Sicherung des Streikrechts. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik aber wollen das Grundgesetz mit Hilfe der Notstandsgesetzgebung beseitigen und das Streikrecht der Arbeiter vernichten.

Der Bericht des Wehrbeauftragten Heye und die eigenen Feststellungen der Gewerkschaften zeigen, daß die Bundeswehr zu einem Staat im Staat gemacht wurde. Eine solche Armee ist eine Gefahr für die Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Tätigkeit. Das hat der Kapp-Putsch bewiesen, das beweist die Tatsache, daß in den Führungsstäben der Bundeswehr be-

reits der Einsatz der Bundeswehr bei „inneren Unruhen“ geplant und generalstabsmäßig durchgeübt wird. Es wäre lebensgefährlich für die Arbeiterbewegung, zuzulassen, daß die Hitlergenerale der Bundeswehr Notstandsgesetze in die Hand bekommen. Es ist bitter notwendig, daß sich die Gewerkschaften gründlich mit der Situation in der Bundeswehr beschäftigen. Was nützt, ist — wie der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Kummernuß, im „ÖTV-Magazin“ Nr. 9/1963 schrieb — „die endgültige Beseitigung des militaristischen Ungeistes“.

### Das geht jeden Gewerkschafter an!

Das, was sich in der Bundeswehr abspielt, geht jeden Gewerkschafter an. Mit Recht erklären Gewerkschafter, daß es die Arbeiterschaft nicht zulassen darf, daß junge Deutsche für schmutzige Revancheziele der Scharfmacher und für den Einsatz gegen ihre eigenen Arbeitskollegen reifgemacht werden. Sie erklären, daß es notwendig ist, darauf zu drängen, daß die Politik in der Bundesrepublik nach Grundforderungen der Gewerkschaften — eigener Abrüstungsbeitrag der Bundesrepublik, Verzicht auf jegliche atomare Aufrüstung, eine Politik des Friedens und der Verständigung als Voraussetzung für jeden sozialen Fortschritt, Sicherung der Demokratie und Verhinderung jeder Notstandsgesetzgebung — ausgerichtet wird.

Es kommt darauf an, der reaktionären Entwicklung in der Bundeswehr entgegenzutreten und den Bundeswehrsoldaten zu helfen, ihre Menschenwürde zu verteidigen und ihre Rechte durchzusetzen. Dazu gehört, daß die ganze Wahrheit über die Bundeswehr bekannt wird. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, informiert zu werden. Vor allem die Gewerkschafter sollten deswegen verlangen, daß ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß unter Hinzuziehung der Gewerkschaften und der demokratischen Jugendverbände in aller

**Öffentlichkeit die Zustände in der Bundeswehr aufdeckt. Es darf nicht zugelassen werden, daß hinter den Kulissen des Verteidigungsausschusses alles vertuscht wird.**

Der 4. Ordentliche Bundeskongreß des DGB 1956 in Hamburg hat in einem Beschluß zur Bundeswehr verlangt:

„Verhinderung der Entstehung eines Staates im Staat — ähnlich wie in den Tagen der Weimarer Republik — durch wirksame demokratische und parlamentarische Kontrolle der Bundeswehr.“

Mit Recht haben Gewerkschafter in München darauf hingewiesen, daß jetzt die Bildung eines Ständigen Kontrollausschusses in dem Abgeordnete, Vertreter der Gewerkschaften, der demokratischen Jugend- und Frauenorganisationen vertreten sind, gefordert werden sollte. In einer Gewerkschaftsjugendgruppe Nordrhein-Westfalens haben junge Kollegen die jüngsten empörenden Ereignisse in der Bundeswehr diskutiert. Sie haben auf der Grundlage der Beschlüsse der 6. Landesbezirksjugendkonferenz des DGB, folgendes festgelegt: Mit jedem Kameraden, der zur Bundeswehr geht, wird über seine Rechte und Pflichten und wie er sie gemeinsam mit den Kameraden wahrnehmen und verteidigen kann, gesprochen. Es wird ihm die gewerkschaftliche Broschüre „Rechte der Wehrpflichtigen“ übergeben.<sup>1)</sup> Es wird mit ihm darüber gesprochen, daß er seine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft nicht aufgibt,

<sup>1)</sup> Heft Nr. 10, Schriftenreihe für Jugendarbeit. Herausgegeben vom DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend, Düsseldorf, Stromstraße 8



sondern sich ummeldet und dann am Leben der Gewerkschaft im Garnisonsort teilnimmt. Ihm werden die gewerkschaftlichen Materialien regelmäßig zugesandt. Einer der Kameraden übernimmt die Patenschaft über den Kollegen bei der Bundeswehr, bleibt mit ihm im Briefverkehr und spricht mit ihm im Urlaub.

Jedem Kollegen, der zur Bundeswehr geht, wird erläutert, daß es seine Pflicht ist, jeder Schikane, jeder Verletzung der Menschenwürde entgegenzutreten, sie dem Wehrbeauftragten zu melden und zusätzlich über die Gewerkschaften, über die Presse, über Abgeordnete an die Öffentlichkeit zu bringen. Jedem Kollegen, der wegen seines Eintretens für Menschenwürde

und Verfassung, für die Ziele der Gewerkschaften in der Bundeswehr Schwierigkeiten bekommt, wird Rechtsschutz gegeben. Junge Soldaten der Garnison, vor allem Gewerkschafter, werden zu Gruppenabenden eingeladen. Sie werden mit Gewerkschaftsmaterialien versorgt. Ihnen wird geholfen, die verfassungsmäßigen Rechte auch in der Bundeswehr durchzusetzen.

Wir Kommunisten sollten dazu beitragen, daß das Beispiel dieser Gewerkschaftsjugendgruppe zur Anregung für andere Gewerkschaftsjugendgruppen, für gewerkschaftliche Vertrauensmännerkörper, für die Gruppen anderer Arbeiterjugendorganisationen wird.

## Die I. Internationale und die Einheit der Arbeiterbewegung

Von HANS BELOW

Zum hundertsten Male jährt sich am 28. September die Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation. Von ihrer Gründungsversammlung wandten sich Revolutionäre aus mehreren europäischen Ländern mit leidenschaftlichen Worten an das internationale Proletariat mit dem Ruf: Freunde und Brüder! Laßt uns im Ringen um die Befreiung der Menschheit von kapitalistischer Ausbeutung einig sein, verbrüdet euch, übt Solidarität!

Dieser mahnende Ruf fand in der Arbeiterschaft starken Widerhall. Die in der Londoner St. Martin's Hall gegründete Internationale Arbeiterasso-

ziation bereitete den Boden für die Herausbildung proletarischer Massenparteien auf nationaler Basis vor und legte den Grundstein für den Zusammenschluß der internationalen Arbeiterbewegung. Als sie sich historisch überlebt hatte, räumte die I. Internationale, wie W. I. Lenin schrieb, das Feld für eine „Epoche unvergleichlich größeren Wachstums der Arbeiterbewegung in allen Ländern der Welt: die Epoche ihrer Entwicklung in die Breite, der sozialistischen Massenparteien der Arbeiter auf dem Boden einzelner Nationalstaaten“.¹)

### Karl Marx — geistiger und organisatorischer Leiter der Internationale

Karl Marx war der geistige Vater und die eigentliche Seele der Internationalen Arbeiterassoziation. Über seine Rolle schrieb Engels, der Mann, der allein wußte, „was zu geschehen hatte und was zu gründen war, das war der Mann, der schon 1848 den Ruf in die Welt geschleudert: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Aus der Feder von Karl Marx stammen die Hauptdokumente (die sogenannte Inauguraladresse und die Statuten)

sowie eine Fülle wichtiger Beschlüsse und Publikationen der Internationalen Arbeiterassoziation. „Es war sehr schwierig“, so berichtete Marx an Engels, „die Sache so zu halten, daß unsere Ansicht in einer Form erschien, die sie dem jetzigen Standpunkt der Arbeiterbewegung acceptable machte... Es bedarf Zeit, bis die wiedererwachte Bewegung die alte Kühnheit der Sprache erlaubt. Nötig fortiter in re, suaviter in modo (Nötig stark in der Sache, gemäßigt in der Form — d. Verf.)²)

Die Aufgabe, die verschiedenen ideologisch und organisatorisch zer-

¹) W. I. Lenin, Werke, Band 21, Berlin 1960, S. 37/38

²) Marx/Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 178

splitterten Abteilungen der Arbeiterklasse zu vereinen, war außerordentlich kompliziert. Damals wirkten innerhalb der europäischen Arbeiterschaft noch Vertreter verschiedener Schulen und Sekten des kleinbürgerlichen utopischen Sozialismus und pseudorevolutionärer Ideen (Proudhon, Lassalle, Bakunin) teils nebeneinander aber auch gegeneinander. Marx unterstrich deshalb in den Provisorischen Statuten bewußt und mit allem Nachdruck die Notwendigkeit des brüderlichen Bündnisses der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder. Dabei knüpfte er an die schon vorhandenen Formen an. Seine Tätigkeit für den Zusammenschluß aller kampffähigen Kräfte der Arbeiterklasse Europas und Amerikas zu einer großen Armee bildete einen Höhepunkt in seinem politischen Schaffen.

Karl Marx suchte und fand zugleich, und zwar unter Berücksichtigung des Niveaus der theoretischen Entwicklung der Arbeiterklasse und der Besonderheit ihrer Stellung in den einzelnen Ländern, geeignete Formen zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus. In diesen Jahren leistete Marx eine gewaltige theoretische Arbeit an seinem Hauptwerk „Das Kapital“.

„Solange es Kapitalisten und Arbeiter in der Welt gibt“, so würdigte Friedrichs Engels 1867 die Herausgabe des ersten Bandes dieses genialen Werkes, „ist kein Buch erschienen, welches für die Arbeiter von solcher Wichtigkeit wäre.“<sup>\*)</sup>

Marx und Engels lehrten insbesondere die Arbeiterklasse, eine revolutionäre und realistische Politik zu betreiben, die von den konkreten Verhältnissen ausgeht. Unversöhnlich bekämpften sie deshalb alle kleinbürgerlichen utopischen Ideen und jede linke Phrasendrescherei. Erbarmungslos verurteilten die Führer des Weltproletariats jede „Revolutions-Spiellerei“. Der lärmende „Revolutionarismus“,

der revolutionären Elan mit Blutvergießen gleichsetzte und die Gewalt um ihrer selbst willen anbotete, war ihnen zutiefst fremd. Systematisch suchten sie die Avantgarde des europäischen Proletariats über die Internationale von dem verderblichen Einfluß dieser Pseudorevolutionäre und des kleinbürgerlichen Sozialismus zu lösen und die fortgeschrittenen Arbeiter an den wissenschaftlichen Sozialismus heranzuführen. Dieser Prozeß entwickelte sich Schritt für Schritt innerhalb der Internationalen Arbeiterassoziation. Der Abfall der französischen Arbeitermassen von den Positionen des kleinbürgerlichen Proudhonismus fand so in den Entschlüssen der Kongresse von Genf (1866), Lausanne (1867) und Brüssel (1868) seinen Niederschlag. Die Niederlage der Lassalleaner und die Bildung der (Eisenacher) Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Deutschland sowie die ideologische und organisatorische Niederlage des kleinbürgerlichen Anarchismus Bakunins traten auf dem Baseler Kongreß und auf dem Kongreß von Den Haag (1872) zutage.

Der wissenschaftliche Sozialismus und die von Marx, Engels und ihren nächsten Mitkämpfern ausgearbeitete Taktik des revolutionären Kampfes des internationalen Proletariats wurde im Verlauf nur weniger Jahre des Bestehens der Internationalen Arbeiterassoziation (1864 bis 1872) zur scharfen und mächtigen Waffe des internationalen Proletariats im Ringen um ihre Befreiung von kapitalistischer Knechtschaft und Ausbeutung. Hundert Jahre sind seither vergangen. Und immer noch hat diese Waffe an Schärfe nichts verloren. Im Gegenteil. Die von Marx und Engels formulierten und von Lenin weiterentwickelten Grundideen und -prinzipien der I. Internationale sind lebendig und finden in unserer Zeit schöpferische Anwendung im Kampf der marxistisch-leninistischen Parteien der ganzen Welt.

### Der Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse

Der zentrale Gedanke, der die ganze Tätigkeit der Internationalen Arbeiterassoziation bestimmte, lautete: der

Kapitalismus mit seinen Ausbeutungsverhältnissen ist zum Untergang verurteilt; nur die Arbeiterklasse kann mit vereinten Kräften die Menschheit von der kapitalistischen Fessel be-

<sup>\*)</sup> Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 235

freien. „Die Emanzipation der Arbeiterklasse muß“, wie es dazu in den Provisorischen Statuten der Internationale hieß, „durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden.“<sup>4)</sup> Und auch die Inauguraladresse unterstrich: Die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse ist das große Ziel. Jede politische Bewegung ist ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Die Eroberung der politischen Macht wurde in ihr zur allerersten Pflicht der Arbeiterklasse erklärt.

Marx und Engels verfochten und entwickelten stets dieses Hauptprinzip der revolutionären Arbeiterbewegung und erklärten dem Proletariat immer wieder: nur über die Eroberung der politischen Macht, über die Diktatur des Proletariats ist die kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen, und nur über diesen Weg kann eine neue Gesellschaftsordnung errichtet werden. Dabei unterstrichen sie die Möglichkeit und Notwendigkeit der Anwendung sowohl nichtfriedlicher als auch friedlicher Mittel im Kampf um die Macht der Arbeiterklasse. „Wir haben nicht behauptet“, erklärte Marx einmal vor Arbeitern aus Amsterdam, „daß die Wege, um zu diesem Ziel zu gelangen,

überall dieselben seien. Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und die Traditionen der verschiedenen Länder berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt, wie Amerika, England und wenn mir eure Institutionen besser bekannt wären, würde ich vielleicht noch Holland hinzufügen, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziel gelangen können.“<sup>5)</sup>

Beide forderten in diesem Zusammenhang von den Revolutionären vor allem eine nüchterne Einschätzung der Kräfte und politischen Verhältnisse sowie angestrenzte Kleinarbeit zur Sammlung breiter Massen für die Revolution. Notwendig ist, so lehrten sie die Arbeiter, „in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken; wenn unfähig, zuvorkommen, sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen.“<sup>6)</sup>

### Der Geist der Internationale lebt

Die I. Internationale wuchs im Verlauf nur weniger Jahre zu einer von den Ausbeutern gefürchteten Kraft heran. Es waren ihre Mitglieder, die als Kommunarden den Weltgeschichtlichen Versuch unternahmen, in der Pariser Kommune 1871 die Macht der französischen Arbeiterklasse aufzurichten, die erste Diktatur des Proletariats zu schaffen. Der Internationalen Arbeiterassoziation traten immer neue Gruppen und Strömungen der Arbeiterschaft bei. Dieser Zusammenschluß des internationalen Proletariats in der I. Internationale „erwies der Arbeiterbewegung aller Länder große Dienste und hinterließ“, um mit W. I. Lenin zu sprechen, „bleibende Spuren“.

Damals, vor hundert Jahren, begann

auf diesem Wege die Arbeiterbewegung sich den Marxismus anzueignen, entstand erstmals eine einheitliche revolutionäre Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung, wurden die Prinzipien des proletarischen Internationalismus zum ersten Male in die Tat umgesetzt. Die Entwicklung, die die Internationale Arbeiterassoziation einleitete, der Weg von der I. Internationale über die II und III. Internationale zur internationalen kommunistischen Bewegung der Gegenwart, war unermüdlicher Kampf der revolutionären Marxisten und Marxisten-Leninisten für den Zusammenschluß aller Werktätigen um die Partei des Proletariats und für den Sieg der Arbeiterklasse in der ganzen Welt.

Während die I. Internationale das Fundament der internationalen Organisation der Arbeiter schuf, um den revolutionären Angriff der Proletarier auf das Kapital vorzubereiten, war die II. Internationale die Vereinigung

<sup>4)</sup> Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 14

<sup>5)</sup> Marx/Engels, Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 160

<sup>6)</sup> Ebenda, Bd. 16, Berlin 1962, S. 13

des internationalen Proletariats, die in die Breite wuchs. Die III. Internationale entwickelte sich unter dem Einfluß der Ideen und des Beispiels der siegreichen Oktoberrevolution. Sie sah ihre Aufgabe darin, die werktätigen Massen zu organisieren, das Vermächtnis des Marxismus zu verwirklichen, die großen Ideale des wissenschaftlichen Sozialismus zu realisieren

Hundert Jahre sind seit der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation vergangen. Legionen von Marxtöttern zogen immer wieder aus, um den Marxismus zu vernichten. Die Reaktion versuchte durch grausamen Terror den Vormarsch des Marxismus-Leninismus aufzuhalten. Es zeugt von der Unüberwindlichkeit der Sache des Sozialismus und bestätigt die Richtigkeit der Marx'schen Lehre von der Gesetzmäßigkeit des Untergangs des Kapitalismus und des Sieges des Sozialismus, wenn allen „Marxismustöttern“ zum Trotz heute die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus auf einem Drittel der Erde gesiegt haben, wenn der Sozialismus die Geschichte der Menschheit entscheidend bestimmt.

Auch auf deutschem Boden, in der Deutschen Demokratischen Republik, nahmen die genialen Ideen der Schöpfer des Marxismus-Leninismus praktische Gestalt an, wird der Sozialismus unter Führung der SED erfolgreich aufgebaut. Die Praxis der DDR und der anderen sozialistischen Länder hat

unwiderlegbar bewiesen, daß die Arbeiterklasse die revolutionärste Kraft unserer Epoche ist. Gerade in den Ländern des Sozialismus, wo die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und anderer Werktätigen die Macht ausübt, wird täglich der Beweis erbracht: die Werktätigen können die Gesellschaft ohne Ausbeuter leiten und lenken. Um mit den Worten der Inauguraladresse zu sprechen, hat die Praxis des siegreichen Sozialismus gezeigt, „daß die Produktion auf größter Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann ohne die Existenz einer Klasse von Meistern (masters), die eine Klasse von ‚Händen‘ anwendet; daß, um die Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über und Mittel der Ausbeutung gegen die Arbeiter selbst, und daß wie Sklavenarbeit wie Leibeigenschaft so Lohnarbeit nur eine vorübergehende Form ist, bestimmt zu verschwinden vor der assoziierten Arbeit, die ihr Werk mit williger Hand, rüstigem Geist und fröhlichen Herzens verrichtet.“<sup>7)</sup>

Die großen Errungenschaften der revolutionären Arbeiterklasse, der bestimmende Einfluß der Kräfte des Sozialismus auf den Verlauf der heutigen gesellschaftlichen Entwicklung sind der beste Beweis für die Richtigkeit der Ideen der I. Internationale.

### Für die Reinheit der revolutionären Theorie und Politik

Das wichtigste Prinzip der Tätigkeit der Internationalen Arbeiterassoziation war die **Vereinigung** der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse und die Schaffung der **internationalen Einheit** des Proletariats. Das Hauptziel der Arbeiterklasse, die Eroberung der politischen Macht und die Erringung der ökonomischen Befreiung, war damals noch in keinem Land durchgesetzt, da — wie es in den Provisorischen Statuten der Internationale dazu hieß — „alle auf dieses Ziel gerichteten Versuche bisher gescheitert sind, aus Mangel an Einigung unter den mannigfachen Arbeitszweigen

jedes Landes und an der Abwesenheit eines brüderlichen Bundes unter der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder“<sup>8)</sup>. Die Einheit der Arbeiterklasse auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus und der Zusammenschluß der Werktätigen der verschiedenen Länder unter dem Banner des proletarischen Internationalismus waren damals der Hauptzweck der gesamten organisatorischen Tätigkeit der Arbeiterassoziation. Unversöhnlich war deshalb ihre Stellung gegen jeden linken und rechten Opportunismus, die den Zusammenschluß der internationalen Arbeiterschaft schwächten, gegen jede nationalistische Abkapselung und Spaltung. Diese Linie im Ringen um die Einheit der

<sup>7)</sup> Ebenda, S. 11/12

<sup>8)</sup> Ebenda, S. 14

internationalen Arbeiterbewegung auf der Grundlage der Prinzipien des revolutionären Marxismus, der schonungslosen Entlarvung des rechten und linken Opportunismus, wurde von Lenin konsequent fortgesetzt. Das hat heute neue große Bedeutung für die internationale Arbeiterbewegung.

Gegenwärtig wird die Einheit der kommunistischen Weltbewegung durch den linken Opportunismus der Führer der KPCh bedroht, durch den Versuch, den Marxismus-Leninismus durch einen „chinierten Marxismus“, durch Nationalismus und kleinbürgerlichen Revolutionarismus zu ersetzen. Gleichzeitig arbeiten die Leiter der KPCh offen auf die Spaltung der kommunistischen Bewegung hin. Die Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterparteien hat die fehlerhafte Politik und die fraktionelle Tätigkeit der chinesischen Führer entschieden verurteilt und sich gegen die Spaltungsversuche ausgesprochen, denn proletarischer Internationalismus und Unversöhnlichkeit gegenüber dem Nationalismus sind wichtigste Prinzipien, die die Internationale Arbeiterassoziation hinterlassen hat. Die kommunistischen und Arbeiterparteien sind in ihrer Mehrheit entschlossen, an diesem lebenswichtigen Prinzip der revolutionären Arbeiterbewegung festzuhalten.

Die Führer der KPCh dagegen versuchen mit ihrem nationalistischen Kurs, die Volksrepublik China aus der Gemeinschaft der sozialistischen Länder herauszulösen. Sie wollen nicht einsehen, daß der Kurs der nationalistischen Isolierung, der Trennung von den anderen sozialistischen Ländern die Kräfte des sozialistischen Lagers schwächt und nur dem Imperialismus Nutzen bringt. „Die ver-

gangene Erfahrung hat gezeigt“, so heißt es bereits in der Inauguraladresse zu diesem Problem, „wie Mißachtung des Bandes der Brüderlichkeit, welches die Arbeiter der verschiedenen Länder verbinden und sie feuern sollte, in allen ihren Kämpfen für Emanzipation fest beieinanderzustehen, stets gezüchtet wird durch die gemeinschaftliche Vereitelung ihrer zusammenhanglosen Versuche.“<sup>\*)</sup>

Die kommunistischen und Arbeiterparteien machen sich diese wertvollen Erfahrungen zu eigen. Die Einheit unserer Parteien auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus ist im Feuer jahrzehntelanger Kämpfe entstanden, und sie wird auch in der Zukunft allen Versuchen der Spaltung zum Trotz, alle zeitweiligen Schwierigkeiten überwinden und gestärkt aus ihnen hervorgehen. — „Die Geschlossenheit und Einheit der kommunistischen und Arbeiterparteien und der Völker der sozialistischen Länder, ihre Treue zur marxistisch-leninistischen Lehre“ heißt es mit Recht in der Erklärung von 1960, „ist die Hauptquelle der Macht und Unbesiegbarkeit eines jeden sozialistischen Landes und des sozialistischen Lagers in seiner Gesamtheit“.

Die Erfahrungen der I. Internationale und der Tätigkeit von Marx und Engels in ihrem Rahmen wird dabei den kommunistischen und Arbeiterparteien ständiges Vorbild der internationalen Solidarität, des proletarischen Internationalismus sein und unvergängliches Beispiel der brüderlichen Zusammenarbeit der Arbeiter vieler Länder für ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, für eine Welt des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

## Für soziale Sicherheit — gegen Bonner Sozialreaktion

Für die Rechte der Kriegsoffer und der Sozialgeschädigten

von FERDINAND SCHULTE

Die Verteidigung der von der Arbeiterklasse erkämpften sozialen Leistungen hat in der Bundesrepublik seit dem Amtsantritt der Regierung

Erhard eine weitere Zuspitzung erfahren. Während das Monopolkapital und ihre Regierung die sozialen Leistungen einschränken wollen, fordern die Arbeiterschaft, die Sozialrentner und Kriegsoffer, insbesondere die Ge-

\*) Ebenda, S. 12 und 13



werkschaften, die Sozialleistung und Gesundheitsvorsorge auszubauen und zu verbessern sowie die Unfallgefährdung einzuschränken. Den Angriff auf die Sozialleistungen erkennen nicht nur wir Kommunisten, sondern auch führende Funktionäre der Gewerkschaften und Sozialverbände. So erklärte Ende März der Bundesvorsitzende des Reichsbundes, Kleine, anlässlich der Veranstaltung zum 5. Welttag der Invaliden in Hamburg: „Wir müssen dem immer mehr um sich greifenden sozial-reaktionären Geist tatkräftig und entschlossen einen sozial-revolutionären Geist entgegensetzen.“

Erbitterte Formen nahm im vergangenen Jahr der Kampf um die Verbesserung der Kriegsofferversorgung an. Bundeskanzler Erhard drohte mit der Anwendung seines diktatorischen Vetorechts, um einen unter dem Druck der Kriegsoffergesetzten Beschluß des Bundestages zu verhindern, der eine Rentenerhöhung vorsah. Die Kriegsoffergesetzten und ihre Verbände, die von der Bonner Koalition seit Herbst 1961 immer wieder vertröstet worden waren, wichen jedoch nicht zurück. In gemeinsamer Aktion zwangen sie mit ihrem Kriegsoffergesetztenparlament und dem

Marsch der 40 000 Kriegsoffergesetzten auf Bonn Erhard und seine Regierung zum Rückzug.

Mit dem erfolgreichen Ausgang der Auseinandersetzung um das Zweite Neuordnungsgesetz ist jedoch der Kampf der Kriegsoffergesetzten nicht beendet. Die Forderungen der Kriegsoffergesetzten sind nicht voll erfüllt. Noch immer wird ihnen eine jährliche Anpassung der Versorgungsrenten an die Entwicklung der Wirtschaft, der Lebenshaltungskosten und übrigen Einkünfte vorenthalten.

Hartnäckig hält auch die Regierung Erhard am „Sozialpaket“ fest und setzt auch hierin den alten reaktionären Kurs der Regierung Adenauer fort. Zwar mußte sich die CDU/CSU/FDP-Koalition unter dem Druck der Gewerkschaften und Sozialverbände dazu bequemen, das „Sozialpaket“ aufzuschnüren und im Frühjahr dieses Jahres die Neuregelung der Kindergeldzahlung vorab zu verabschieden. Die Vorwegnahme der Kindergeld-Neuordnung, die nur einem Bruchteil der Familien unzureichende Verbesserungen brachte, befreit die Unternehmer von der Aufbringung der Mittel für das Kindergeld an dritte und weitere Kinder auf Kosten der Steuerzahler.

### **Der Kampf für höhere Sozialleistungen und für eine bessere Gesundheitsfürsorge**

Durch den Kampf der Gewerkschaften, vor allem den machtvollen Kundgebungen und Warnstreiks im Jahre 1960 sowie den Aktionen 1963/64, sah sich die Regierung in Bonn veranlaßt, ihre Konzeption für den geplanten Abbau der Krankenversicherung mehrfach zu ändern. Formal wurde damit die Einheit des „Sozialpaketes“ gesprengt. Sozialpolitisch aber hält die Bonner Koalition an ihrer Zielsetzung fest:

Sie will die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle nach wie vor nur dann verwirklichen, wenn gleichzeitig die Arbeiter und Angestellten in der Krankenversicherung erheblich mehr belastet, die Unternehmer entlastet werden.

Einflußreiche Kreise der CDU/CSU und FDP lehnen die von den Gewerkschaften von jeher geforderte volle Gleichstellung der Arbeiter mit den

Angestellten überhaupt ab. Sie streben statt der arbeitsrechtlichen eine versicherungsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung (Auszahlung durch die Krankenkassen) an.

Der Anteil der Arbeiter und Angestellten am Krankenversicherungsbeitrag soll auf 60 Prozent erhöht, der der Unternehmer auf 40 Prozent ermäßigt werden.

Zusätzlich sollen die Arbeiter, Angestellten und Rentner direkt an allen Krankheitskosten (Arznei- und Heilmittel, Krankenhauspflege usw.) beteiligt werden. Erst in den letzten Monaten hat Minister Blank mehrfach betont, es müsse auch an der Zuzahlung zu den Arzt- und Zahnarztkosten festgehalten werden. Während Gewerkschaften und Sozialverbände fordern, alle Angestellten — unabhängig ihrer Einkommenshöhe — in die Versicherungspflicht einzubeziehen, will

die Bonner Koalition zwar die Versicherungspflichtgrenze für Angestellte erhöhen, zugleich aber erstmals auch für Arbeiter eine Versicherungspflichtgrenze einführen und dadurch etwa 1,5 Millionen besser verdienende Lohnempfänger aus der Versicherungspflicht ausschließen.

Die Bonner Unternehmerpropaganda begründete den Angriff auf die soziale Krankenversicherung u. a. mit der Behauptung, der Krankenstand bei den Arbeitern und Angestellten wäre angeblich überhöht. Im Juli 1964 beleidigte Bundeskanzler Erhard erneut die Arbeiterschaft, indem er während einer Konjunkturdebatte sie einer schlechten Arbeitsmoral bezichtigte und behauptete: „Die Krankheitsquote ist doch nicht echt.“ („Welt der Arbeit“ vom 17. Juli 1964.)

Die Bonner Koalition will den Krankenstand nicht nur mit ökonomischen, sondern auch mit polizeistaatlichen Methoden herabdrücken:

Der vertrauensärztliche Dienst soll faktisch der direkten Botmäßigkeit der Unternehmer unterstellt, seine Kontrollfunktion wesentlich verschärft werden.

Die tatsächliche Entwicklung des Krankenstandes straft jedoch eindeutig die Bonner Unternehmerpropaganda von der angeblichen Zunahme des „Krankfeierns“ seit der von den Gewerkschaften erzwungenen Zahlung des Arbeitgeberzuschusses zum Krankengeld für Arbeiter der Lüge. Seit

der durch den Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein und dem Beispiel der DDR erkämpften Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle ist der Krankenstand der Arbeiter und Angestellten von 7,56 Prozent im Dezember 1961 auf 5,19 Prozent im Dezember 1963 zurückgegangen. Gestiegen ist dagegen die Dauer der Arbeitsunfähigkeit bei den erkrankten Arbeitern und Angestellten. Auf 100 Mitglieder der Ortskrankenkasse entfielen 1960 etwa 78,6 Tage Arbeitsausfall durch Krankheit, 1961 80,2 Tage, 1962 83,9 Tage. Das ist, wie der hohe Stand der Frühinvalidität und der jährlich 3 Millionen Arbeitsunfälle, vor allem eine Folge des hohen Verschleißes an Arbeitskraft und Gesundheit, dem die westdeutschen Werktätigen infolge der Rationalisierung und Intensivierung des Arbeitsprozesses ausgesetzt sind. Dazu schreibt die „Welt der Arbeit“ vom 17. Juli 1964:

„Unter allen westlichen Völkern, die eine entsprechende Arbeitsstatistik haben, weist die Bundesrepublik mit Abstand die höchste Arbeitsintensität auf. Diese Arbeitsintensität ist nicht nur von der Höhe der individuellen Arbeitszeit der vollwerbsfähigen Arbeitnehmer abhängig, sondern auch von der Arbeitsleistung der kranken und arbeitsbehinderten Personen, die trotz ihrer Krankheit und Behinderung noch tätig sind.“

#### **Für einen vorbeugenden Gesundheitsdienst — für eine soziale Rentenreform**

Gewerkschaften und Sozialverbände wenden sich nicht nur mit aller Entschiedenheit gegen jeden sozialen Abbau in der Krankenversicherung, sondern fordern ebenso entschieden in Übereinstimmung mit Ärzten und medizinischen Wissenschaftlern die Entwicklung eines dem Stand der modernen medizinischen Wissenschaft entsprechenden, umfassenden vorbeugenden Gesundheitsdienst. In den sozialpolitischen Grundsätzen des DGB sind diese konkreten Forderungen entwickelt.

Eine der Ursachen der ständigen sozialen Spannungen in der Bundesrepublik ist die laufende Entwertung der Sozialleistungen durch die Steige-

rung der Preise für Konsumwaren und öffentliche Dienstleistungen (Post- und Verkehrstarife, Gas, Wasser und Strom) und der Mieten. Besonders hart werden davon die über 8 Millionen Sozialrentner betroffen. Trotz der jährlichen Rentenanpassungen hat die Entwicklung der Sozialrenten mit der allgemein wirtschaftlichen Entwicklung bei weitem nicht Schritt gehalten. Bei den Rentenversicherungsträgern aber wurde aus den Beiträgen der Versicherten ein Vermögen von rund 23 Milliarden DM angesammelt. Dazu kommen noch die rund 5 Milliarden DM aus dem sogenannten Sabelturm der Arbeitslosenversicherung. Mit Recht befürchten die

Werkträgigen, daß diese Gelder, wie schon zweimal in diesem Jahrhundert, von den Militaristen und Konzernherren direkt oder indirekt für ihre maßlose Aufrüstung herangezogen und verpulvert, statt für die Verbesserung der Sozialleistungen eingesetzt zu werden.

Das „Bruttosozialprodukt“ wird 1964 schätzungsweise um annähernd 90 Prozent das des Jahres 1957 übersteigen. Mit den sechs Renten Anpassungen aber wurden die Sozialrenten seit 1957 um weniger als 44 Prozent erhöht. Millionen Sozialrentner aber haben noch nicht einmal eine volle Anpassung erfahren! Mit der 1957 durchgeführten Rentenreform wurde in der Rentenversicherung weitgehendst das Solidaritätsprinzip beseitigt, die Rentenberechnung individualisiert, so wie die Bonner Koalition heute mit ihren Reformplänen beabsichtigt, den Solidaritätsgrundsatz in der Krankenversicherung zu unterminieren. Es entspricht das der Politik, die die Unternehmer mit dem neuen Lohnsystem (Arbeitsplatzbewertung, MTM-Verfahren, mehr Lohngruppen) verfolgen. Folge der Renten-„reform“ ist daher eine zunehmende Zahl kleiner Renten.

Das von der CDU/CSU versprochene „Rentenwunder“ ist ausgeblieben. Nach wie vor ist für die Arbeiter und Angestellten der Übergang aus der Beschäftigung zum Rentnerdasein ein erheblicher sozialer Abstieg. Übersteigt doch die Erwerbsunfähigkeits- oder Altersrente nur selten 50 Prozent des Arbeitsverdienstes der letzten Jahre. Zur Zeit beträgt in der Rentenversicherung der Arbeiter das Altersruhegeld nach Vollendung des 65 Lebensjahres im Durchschnitt nur etwa 225 DM, die Witwenrente etwa 150 DM. Besonders niedrig sind infolge der Unterbezahlung der Frauen die Renten für weibliche Versicherte. Eine Rente von weniger als 100 DM im Monat hatten 1961 72,2 Prozent aller Rentnerinnen in der Rentenversicherung der Arbeiter. Weniger als 200 DM im Monat erhielten rund 97 Prozent der Rentnerinnen in der Rentenversicherung der Arbeiter und 68,3 Prozent aller Rentnerinnen in der Angestelltenversicherung.

Kurz nach der Rentenreform, noch vor der Bundestagswahl 1957 versprach der damalige Bundeskanzler Adenauer eine Renten-Novelle zur Beseitigung der bei der Renten-Neuregelung aufgetretenen Härten und Mängel. Nach den Wahlen war dieses Versprechen vergessen. Angesichts der sich verstärkenden Unzufriedenheit der Sozialrentner und des Herannahens der Bundestagswahlen 1965 aber hat sich die CDU/CSU wieder der Sozialrentner erinnert. Kurz vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg veröffentlichte sie den Entwurf einer Renten-Novelle. Dieser Entwurf ist aber ein Hohn auf die tatsächlichen Erfordernisse einer umfassenden Weiterentwicklung des Rentenrechtes, die in den Vorschlägen einer umfassenden Weiterentwicklung des Beamtenrechtes, die in den Vorschlägen und Forderungen der Gewerkschaften und Sozialverbände ihren Ausdruck gefunden haben. Mit ein paar „Schönheitsreparaturen“, die sich, wie der Sozialexperte der SPD, Prof. Schellenberg, feststellte, nur auf rund 2 Prozent des gesamten Rentenaufwandes beschränken, will die CDU/CSU der fälligen „Reform der Rentenreform“ ausweichen. Entsprechend der gewerkschaftlichen Forderungen gilt es durchzusetzen:

Einführung einer Mindestrente, die jedem Rentner eine ausreichende Lebenshaltung gewährleistet.

Verbesserung der Rentenberechnung, damit die Rente der Versicherten 75 Prozent des Arbeitsverdienstes erreicht.

Herabsetzung der Altersgrenze u. a. m.

Die CDU/CSU will sogar auch mit ihrer Renten-Novelle zugleich eine Verschlechterung für die Arbeiter verwirklichen. Während Gewerkschaften und Sozialverbände die Einbeziehung aller Angestellten in die Versicherungspflicht der Angestelltenversicherung fordern, will die CDU/CSU zwar die Versicherungspflichtgrenze für die Angestellten erhöhen, aber erstmalig eine solche Grenze auch in der Rentenversicherung der Arbeiter einführen und damit Arbeiter aus der Versicherungspflicht ausschließen.

Es ist offensichtlich, daß soziale Sicherheit, sozialer Fortschritt von



Bonn nicht zu erwarten, sondern nur durch entschlossenen Kampf der Gewerkschaften und Sozialverbände gegen den sozialreaktionären Kurs der Bonner Koalition durchzusetzen ist. Das gilt für alle Bereiche der sozialen Sicherung, sozial- und gesundheitspolitischen Gesetzgebung. Achtzehn Jahre nach dem Ende der Nazi-herrschaft in Deutschland ist die Wiedergutmachung an die Opfer des Nazi-regimes immer noch nicht in der Gesetzgebung und Verwaltungspraxis zum Abschluß gebracht. Die ehemaligen Nazi-beamten und Berufs-offiziere werden als 13ler weit besser versorgt als die Opfer der faschistischen Barbarei. Antifaschisten, die heute wie in der Vergangenheit mutig und konsequent der Rüstungs-politik und Einschränkung der Demo-kratie entgegenzutreten, wird sogar die KZ-Rente entzogen.

Auf dem Gebiet der Mütter- und Kindersterblichkeit, der Betriebs- und Wegeunfälle hält Westdeutschland einen traurigen Rekord. Die Gruben-unglücke in Luisenthal und Lengede waren symptomatisch dafür, daß in den Betrieben der Bundesrepublik der Grundsatz „Leistung geht vor Sicher-heit“ gilt. Daran hat sich in den meisten Betrieben auch durch das Un-fallversicherungs - Neuregelungsgesetz nichts geändert. Die Bundesrepublik zählt im vorbeugenden Mütter- und Kinderschutz, der Dauer des Schwan-

gerschafts- und Wochenurlaubs, der Mutterschaftshilfe, der Kindergeld-zahlung wie auch in der Arbeits-medizin zu den unterentwickelten Ländern.

Mit dem Inkrafttreten des „Lücke-Planes“ in den „weißen Kreisen“ gibt es dort kein soziales Mietrecht mehr. Die 700 000 Empfänger einer LAG-Unterhaltshilfe, die für den An-spruchsberechtigten 155 DM, für das Ehepaar 240 DM beträgt, warten seit mehr als einem Jahr auf die ver-sprochene Erhöhung ihrer Bezüge. Unterentwickelt ist in der Bundes-republik vor allem auch die Versor-gung der zivilen Körperbehinderten, die durch die Bonner Gesetzgebung gegenüber anderen Beschädigtengrup-pen stark benachteiligt sind. Selbst ihre Versorgung mit orthopädischen Hilfsmitteln, die Gewährung von Heil-behandlung und Hilfe zur Pflege er-folgt nur unter Anwendung von Be-dürftigkeitsgrundsätzen. Obwohl die Bundesregierung der Empfehlung 99 der Internationalen Arbeiterorgani-sation (IAG) und einer gleichgerichte-ten Empfehlung der WEU zugestimmt hat, nach der allen Beschäftigten, un-abhängig von der Ursache ihrer Schä-digung, das gleiche Recht auf einen Arbeitsplatz gegeben werden soll, sind die Körperbehinderten und sonstigen Schwererwerbsbeschränkten nach dem Schwerbeschäftigtengesetz der Bundes-republik Beschädigte minderen Rechts.

### **Kommunisten sagen: Weniger Rüstung, höhere Renten**

**W**ir Kommunisten haben von jeher dem Kampf für soziale Sicherheit und Fortschritt große Bedeutung beigemessen und in den ersten Reihen dieses Kampfes gestanden. So heißt es auch in der vom Parteitag 1963 verabschiedeten Programmatischen Erklärung der KPD:

**„Die Kommunistische Partei Deutsch-lands tritt für soziale Sicherheit und eine den Volksinteressen dienende Wirtschaftspolitik ein.“**

Wir Kommunisten haben jedoch nie einen Hehl daraus gemacht, daß es wirklich soziale Sicherheit, geschweige denn soziale Gerechtigkeit, unter den Bedingungen der jährlich steigenden Rüstungsausgaben und der von Bonn geförderten maßlosen Bereicherung

der Konzernherren und Großaktionäre nicht gibt und nicht geben kann. Darum wird in der Programmatischen Erklärung festgestellt, daß das Ein-treten für soziale Sicherheit „den Kampf des werktätigen Volkes für die Herabsetzung der Rüstungsausgaben, für die Zurückdrängung des Einflusses des aggressiven Monopolkapitals und für die Beschneidung der Riesenprofite der Konzerne“ erfordert. Aufrüstung, Demontage der Demokratie und so-ziale Reaktion gingen in der Politik des deutschen Militarismus schon immer Hand in Hand. Abrüstung, Sicherung des Friedens, Demokratie und sozialer Fortschritt sind eine organische Einheit. Diese Einheit in dem vielseitigen sozialen Kampf der Werktätigen bewußt zu machen und

auf der Grundlage der Beschlüsse der Gewerkschaften und Sozialverbände im Kampf gegen die Bonner soziale Reaktion zu verwirklichen, ist Aufgabe der Kommunisten.

Gewerkschaften und Sozialverbände in der Bundesrepublik verfügen über gewaltige organisierte Kräfte. Der Außerordentliche DGB-Kongreß beauftragte im Herbst des vergangenen Jahres den DGB-Vorstand, unverzüglich Protestmaßnahmen gegen die ungerechtfertigten Preissteigerungen und geplanten Verschlechterungen der Sozialgesetzgebung einzuleiten. Unter dem Eindruck der Proteste gegen den auf die soziale Krankenversicherung geplanten Angriff wurde von der

Bonner Koalition dieser erzreaktionäre Teil des „Sozialpaketes“, um dessen Inhalt in der CDU/CSU und FDP selbst Widersprüche aufgebrochen sind, bisher nicht im Bundestag durchgesetzt. Aber noch hängt dieser Plan wie ein Damoklesschwert über der sozialen Zukunft der arbeitenden Menschen Westdeutschlands. Der erfolgreiche Ausgang des Kampfes um das Zweite Neuordnungsgesetz zur Kriegsopferversorgung hat die Auffassung der Kommunisten bestätigt, daß Erfolge im Kampf um soziale Sicherheit, für eine Verbesserung der Sozialleistungen, gegen den von der Bonner Reaktion geplanten sozialen Abbau möglich sind, wenn die vorhandenen Kräfte gemeinsam und entschlossen handeln.

## Die Rechte der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in der DDR

Von HERBERT SCHULTE

„Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein.“ Dieser gewerkschaftliche Grundsatz wurde in der DDR verwirklicht. Die entscheidenden Betriebe gehören den Werktätigen, sind Volkseigentum. Fast 90 Prozent der industriellen Bruttoproduktion werden in den volkseigenen Betrieben erzeugt, und über 80 Prozent der in der Industrie Beschäftigten arbeiten in diesen Betrieben. Die von den Werktätigen erzeugten Produkte sind Volkseigentum und werden vom Staat, dem Machtinstrument der herrschenden Arbeiterklasse, im Interesse der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft und der gesellschaftlichen sowie individuellen Konsumtion verteilt.

In der Deutschen Demokratischen Republik hat die Arbeiterklasse, geführt von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, im festen Bündnis mit den Genossenschaftsbauern und anderen werktätigen Schichten die politische Macht erobert und ihren Arbeiter-und-Bauern-Staat geschaffen. Das ist eine Ordnung, in deren Mittelpunkt der arbeitende Mensch mit seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen steht. Staat und Gewerkschaften haben das gleiche Ziel: das Glück und den Wohlstand des Volkes! Die gemeinsamen Klassengrundlagen und Klasseninteressen sind die Grundpfeiler für das einheitliche Handeln von Staat und Gewerkschaften unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

### Das Recht der Teilnahme an der Staatsmacht

Der FDGB als Massenorganisation der herrschenden Arbeiterklasse nimmt — angefangen von der obersten Volksvertretung bis in den Betrieb — maßgeblich teil an der Ausübung der Staatsmacht. Der FDGB ist durch von ihm vorgeschlagene Abgeordnete in der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik mit der zweitstärksten Fraktion und in

allen örtlichen Volksvertretungen der Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden vertreten. In den staatlichen Planungsorganen haben Vertreter der Gewerkschaften Sitz und Stimme. Diese Stellung der Gewerkschaften ist in der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verankert. Im Artikel 17 ist festgelegt, daß die Regelung der Produktion sowie der Lohn-

und Arbeitsbedingungen unter maßgeblicher Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten erfolgt, und daß sie diese Rechte durch die Gewerkschaften wahrnehmen. Getreu diesem Verfassungsgrundsatz finden die Rechte der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften im Gesetzbuch der Arbeit vom 12. April 1961 ihren Niederschlag.

An der Ausarbeitung des Entwurfs des Gesetzbuches war der FDGB hervorragend beteiligt. Nachdem der Entwurf veröffentlicht war, begann eine über Monate währende demokratische Aussprache. In 325 000 Versammlungen berieten die Werktätigen diesen Entwurf und unterbreiteten ihre Vorschläge. Über 7 Millionen Arbeiter, Angestellte, Angehörige der Intelligenz und andere Werktätige nahmen daran teil. Insgesamt wurden 23 348 mündliche und schriftliche Vorschläge, Anregungen, Kritiken und Hinweise in dieser Diskussion unterbreitet. Diese wurden sorgfältig ausgewertet und fanden bei der endgültigen Formulierung des Gesetzbuches der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik ihre Berücksichtigung. Nachdem der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik das Gesetzbuch der Arbeit beraten hatte, wurde es am 12. April 1961 vor der Volkskammer durch den Vorsitzenden des FDGB, Herbert Warnke, begründet und von ihr beschlossen.

An der Ausarbeitung des Gesetzbuches der Arbeit zeigt sich, daß die Mitwirkung an der bewußten Gestaltung des gesamten wirtschaftlichen, kulturellen und vor allem politisch-staatlichen Lebens der Deutschen Demokratischen Republik das entscheidende, grundlegende Recht der Bürger ist. Dieses sozialistische Recht nimmt auch den bestimmenden Platz im Gesetzbuch der Arbeit ein. Es ermöglicht den Gewerkschaften die Vertretung der Arbeiterinteressen in ihrer

ganzen Vielfältigkeit und Reichhaltigkeit.

In der DDR sind Freiheit und soziale Rechte den Werktätigen garantiert: Das Recht auf Arbeit, das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, das Recht auf Bildung, das Recht auf Erholung und das Recht auf Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie auf materielle Versorgung bei Krankheit, Invalidität und im Alter. Das sind sozialistische Errungenschaften, an denen der FDGB hervorragenden Anteil hat. Entsprechend seiner Rolle in der sozialistischen Gesellschaft organisiert der FDGB heute die bewußte Mitwirkung der Werktätigen an der Erfüllung der Pläne und an der Leitung von Staat und Wirtschaft. Dazu sind dem FDGB im Gesetzbuch der Arbeit alle Rechte gesichert.

Der FDGB ist berechtigt, den sozialistischen Wettbewerb, die Brigadenbewegung und die Arbeits- und Forschungsgemeinschaften zu fördern, an der Ausarbeitung der betrieblichen Wirtschaftspläne teilzunehmen und deren Verwirklichung zu kontrollieren, die Wahl der Ständigen Produktionsberatungen und der Konfliktkommission zu organisieren, bei der Verwirklichung des Leistungsprinzips mitzuhelfen, den Bau von Wohnungen, sozialen und kulturellen Einrichtungen zu kontrollieren. Er erfüllt die Aufgaben der Sozialversicherung im Betrieb, entwickelt die kulturelle Betätigung der Werktätigen und kontrolliert die Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheits- und Arbeitsschutzes. Alle diese Rechte finden im Betrieb im Betriebskollektivvertrag, der mit den Betriebsleitungen abgeschlossen wird, ihren Niederschlag. Nach dem Gesetzbuch der Arbeit können alle Wirtschafts- oder Staatsfunktionäre, die die gewerkschaftliche Tätigkeit behindern, zur Verantwortung gezogen werden.

### **Volles Recht der Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft**

Der Betriebskollektivvertrag (BKV) wird im Entwurf durch Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionäre ausgearbeitet und dann in den Gewerkschaftsgruppen beraten. Schon bei der Überarbeitung werden die Vorschläge der Arbeiter berücksichtigt.

Erst dann wird der Vertrag auf einer Mitgliederversammlung bzw. Vertrauensleutevollversammlung beschlossen. Der BKV ist also das gemeinsame Dokument des Werkleiters, der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Belegschaft. In ihm sind die Ver-

pflichtungen zur allseitigen Planerfüllung, von der die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen abhängt, enthalten.

Der Werkleiter ist verpflichtet, vor der Belegschaft oder den Vertrauensleuten nach jedem Quartal Rechenschaft abzulegen, wie die Verpflichtungen erfüllt wurden. Gibt es Versäumnisse, dann machen die Arbeiter von ihrem Recht der Kritik regen Gebrauch. Viele Arbeiter und Gewerkschafter aus der Bundesrepublik, die an Rechenschaftslegungen teilnahmen, äußerten ihr Erstaunen über die offenen und kritischen Worte der Arbeiter und über ihre Rechte. Kennen sie doch die kapitalistische Willkür in den Konzernbetrieben und die Vorenthaltung der grundlegenden Mitbestimmungsrechte. Der FDGB hat nach dem Gesetzbuch der Arbeit ferner das Recht, an der Ausarbeitung der „Perspektiv- und Jahresvolkswirtschaftspläne“ teilzunehmen. Das beginnt beim Plan des Betriebes und endet beim Volkswirtschaftsplan für die ganze DDR. In allen volkseigenen Betrieben werden die Planentwürfe für den Betrieb durch den Werkleiter in der Belegschaft zur Diskussion gestellt. Dabei sind zum Beispiel im VEB Berliner Werkzeugmaschinenfabrik, im Schwermaschinenbau „Karl Liebknecht“ Magdeburg u. a. von den Arbeitern auch vorhandene Mißstände in der Organisation der Produktion und den Arbeitsbedingungen kritisiert worden. Die Wirtschaftsfunktionäre mußten beantworten, wie sie die Mißstände beseitigen wollen. Nach Abschluß der Diskussion wird der Plan überarbeitet. Und erst nachdem der Plan von der Gewerkschaftsorganisation bestätigt wird, kann der Werkleiter diesen an die übergeordneten Wirtschaftsorgane weiterleiten. Ohne diese Bestätigung wird dem Werkleiter der Planvorschlag von niemandem abgenommen. Das ist ein bezeichnender Ausdruck für die sozialistische Demokratie, in der die Werktätigen unmittelbar an der Leitung ihrer Betriebe teilnehmen.

Im Präsidium des Bundesvorstandes des FDGB erfolgt die Beratung des Volkswirtschaftsplanes für die ganze DDR. Erst nachdem die Zustimmung des Bundesvorstandes des FDGB vor-

liegt, kann der Plan der Volkskammer der DDR unterbreitet und von ihr beschlossen werden.

In den volkseigenen Betrieben ist „der Betriebsleiter Beauftragter der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Er hat mit der Betriebsgewerkschaftsorganisation und ihrer Leitung eng zusammenzuarbeiten und über seine Tätigkeit zu berichten.“ So steht es im Gesetzbuch der Arbeit. Der Betriebsleiter entscheidet alle Fragen der Leitung und ist dem Staat gegenüber verantwortlich. Die Einzelleitung schließt jedoch die kollektive Beratung nicht aus, sondern macht sie unter sozialistischen Verhältnissen zu einer Notwendigkeit. Wenn Betriebsleiter das mißachten, wenn sie administrativ arbeiten, dann erheben die Gewerkschaftsleitungen Einspruch. Finden sie kein Verständnis beim Betriebsleiter, so wenden sie sich an die übergeordneten Wirtschafts- bzw. Staatsorgane, damit der Betriebsleiter für sein falsches Verhalten von ihnen zur Rechenschaft gezogen wird. Es gibt Beispiele, daß Betriebsleiter auf Grund der Proteste der Gewerkschaftsleitungen von ihrer Funktion abberufen wurden.

Obwohl die Interessenvertretung der Arbeiterklasse durch den FDGB mit den Aufgaben und Zielen des Staatsapparates der DDR in Einklang steht, können zwischen Staats- oder Wirtschaftsfunktionären und Gewerkschaftsleitungen Meinungsverschiedenheiten auftreten. Wenn Wirtschaftsfunktionäre zum Beispiel die Arbeit mit den Menschen mißachten oder Arbeitervorschläge nicht beachten, dann werden die Gewerkschaften auf die Einhaltung der Aufgaben drängen.

Die Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte sind selbstverständlich auch beim Abschluß und der Auflösung des Arbeitsvertrages im Gesetzbuch der Arbeit der DDR garantiert. Die Betriebe sind verpflichtet, mit jedem Werktätigen einen Arbeitsvertrag abzuschließen. Vom Betrieb kann ein zeitlich unbegrenzter Arbeitsvertrag nur gekündigt werden, wenn es infolge einer Änderung der Produktion oder des Arbeitskräfteplanes notwendig wird bzw. wenn der Werktätige für die vereinbarte Arbeit wirklich nicht geeignet ist. Die Gründe für

eine Kündigung müssen dem Werk-tätigen schriftlich mitgeteilt werden. Vor der Kündigung muß der Betrieb aber die Zustimmung der Gewerkschaftsleitung einholen. Wird diese von der zuständigen Gewerkschafts-leitung verweigert, so hat auf Antrag die übergeordnete Gewerkschafts-leitung darüber endgültig zu entschei-den. Dabei ist noch gesetzlich fest-gelegt, daß jeder Werktätige innerhalb von 14 Tagen gegen die Kündigung bei der Konfliktkommission Einspruch er-heben kann. Einen besonderen Schutz genießen die Gewerkschaftsfunktionäre. Im § 11 des Gesetzbuches der Arbeit heißt es: „Den Gewerkschafts-vertrauensleuten und den Mitgliedern der Abteilungsgewerkschaftsleitungen darf nur mit vorheriger Zustimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung, den Mitgliedern der Betriebsgewerk-schaftsleitung nur mit vorheriger Zu-stimmung des übergeordneten Gewerkschaftsvorstandes, den Mitglie-dern von Gewerkschaftsvorständen nur mit vorheriger Zustimmung des Vorstandes, dem sie angehören, gekün-digt werden. Das gleiche gilt bei frist-loser Entlassung. Eine Zustimmung ist in gleicher Weise erforderlich, wenn diesen Gewerkschaftsfunktionären länger als eine Woche eine Arbeit außer-halb des Bereiches übertragen wird, für den sie gewählt sind.“

In den Betrieben der DDR werden vom Betriebsleiter unter Mitwirkung der Werktätigen Arbeitsordnungen ausgearbeitet und im Einvernehmen mit den Betriebsgewerkschaftsleitun-

gen in Kraft gesetzt. Sie legen ins-besondere die für die Ordnung im Be-trieb erforderlichen Rechte und Pflich-ten der Wirtschaftsfunktionäre und der Werktätigen, die Auszeichnungen für vorbildliche Erfüllung von Arbeits-aufgaben und die Disziplinarmaßnah-men fest. Treten bei der Anwendung der Arbeitsordnung Konflikte auf, so werden diese auf Antrag von der Kon-fliktkommission des Betriebes ge-schlichtet.

Die Konfliktkommissionen werden von den Gewerkschaften angeleitet. Ihre Mitglieder werden auf Vorschlag der Gewerkschaften durch die Werk-tätigen gewählt und sind ihnen rechenschaftspflichtig. Sie genießen den oben erwähnten besonderen Schutz wie die Gewerkschafts-funktionäre.

Im VEB Werk für Fernsehelek-tronik Berlin behandelte die Konflikt-kommission zum Beispiel einen Fall, in dem zwei Arbeiter vom Betriebs-leiter für einen von ihnen verschulde-ten Schaden materiell zur Verantwor-tung gezogen wurden. Diese Arbeiter hatten gegen die Arbeitsschutzan-ordnung verstoßen. Das sahen sie auch ein. Durch die Verhandlung kam aber auch zutage, daß die Betriebsleitung Versäumnisse beim Arbeitsschutz hatte. Die Konfliktkommission legte deshalb in ihrem Beschluß fest, daß die verantwortlichen Wirtschaftsfun-ktionäre durch das übergeordnete Organ ebenfalls zur Verantwortung gezogen werden.

### **Sozial-, Gesundheits- und Arbeitsschutz in der DDR**

Für den Gesundheits- und Arbeits-schutz sind in der DDR die Werk-leiter und die ihnen übergeordneten Organe zuständig. Die Gewerkschafts-leitungen sind aber berechtigt, die vor-gesehenen Maßnahmen zu fordern und die Einhaltung der gesetzlichen Be-stimmungen zu kontrollieren. So sind den Gewerkschaften auch die staat-lichen Arbeitsschutzinspektoren unter-stellt. Betriebsleitern, die ihren Pflich-ten auf dem Gebiet des Gesundheits- und Arbeitsschutzes nicht nachkom-men, können auf Verlangen der Ge-werkschaften Disziplinarmaßnahmen, Ordnungsstrafen oder gerichtliche Strafen auferlegt werden.

In der Verfassung der DDR ist fest-gelegt, daß Männer, Frauen und Jugendliche bei gleicher Arbeit und gleicher Leistung das Recht auf glei-chen Lohn haben. Dieses Recht ist in der DDR voll verwirklicht. Die Ge-werkschaften setzen sich dafür ein, daß die Entlohnung nach der Leistung erfolgt und der betriebliche Lohnfonds richtig verwendet wird. Dabei achten die Gewerkschaften im Interesse der Werktätigen darauf, daß diejenige Lohnform angewendet wird, die un-mittelbar das materielle Interesse der Werktätigen an einer höheren Arbeits-produktivität fördert.



Um die Entlohnung nach der Leistung konsequent durchzusetzen, ist der Betriebsleiter nach dem Gesetzbuch der Arbeit verpflichtet, technisch-begründete Arbeitsnormen (TAN) unter Mitwirkung der Werktätigen auszuarbeiten. Gegen Betriebsleiter, die administrativ neue Normen anordnen, gehen die Gewerkschaften vor. So wurden zum Beispiel durch die Technologen der mechanischen Abteilung im VEB Zemag Zeitz neue Normen eingeführt, ohne mit den Werktätigen gesprochen zu haben. Im Ergebnis wären Lohnminderungen eingetreten. Die Betriebsgewerkschaftsleitung erhob beim Werkleiter Einspruch. Er erteilte daraufhin die Weisung an die mechanische Abteilung, die Inkraftsetzung der neuen Normen sofort rückgängig zu machen, erst mit den Arbeitern zu sprechen und die notwendigen technischen Veränderungen vorzunehmen, damit die Arbeiter die Normen ohne Lohnminderungen erfüllen konnten.

Neben dem Lohnfond stehen den Betrieben beträchtliche Mittel für die Prämiiierung zur Verfügung. Diese Mittel werden benutzt, um mit Hilfe des materiellen Anreizes die Initiative der Werktätigen auf die wichtigsten Aufgaben zu lenken. Jeder Werkleiter hat unter Mitwirkung der Werktätigen Prämienordnungen auszuarbeiten und mit der betrieblichen Gewerkschaftsleitung zu vereinbaren. In diesen Prämienordnungen ist konkret festzulegen, welche Leistungen prämiert werden sollen. Über den Prämienfonds wird von den Gewerkschaftsleitungen eine strenge Kontrolle ausgeübt.

Den Betrieben stehen auch Mittel im Kultur- und Sozialfonds für kulturelle und soziale Leistungen zur Verfügung. Nur gemeinsam mit der betrieblichen Gewerkschaftsleitung kann der Werkleiter über die Verwendung dieser Mittel entscheiden. In jedem BKV ist festgelegt, welche Ausgaben aus dem Kultur- und Sozialfonds erfolgen sollen. Im VEB Automobilwerk Eisenach — der Kultur- und Sozialfonds beträgt weit über 1 Millionen DM — liegt zum Beispiel fest, daß für das Werkkuchenessen 188 000 DM, für das

Betriebskinderferienlager 132 000 DM, für Kulturveranstaltungen 102 000 DM usw. zur Verfügung gestellt werden.

Es wurde schon erwähnt, daß die gesamte organisatorische und finanzielle Leitung der Sozialversicherung in den Händen der Gewerkschaften liegt. Sie leiten die Sozialversicherung auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung des FDGB. Vom Staatshaushalt erhält die Sozialversicherung jährlich Milliarden Beträge zusätzlich, um die Leistungen ständig zu verbessern, denn die Erhaltung und Förderung der Gesundheit und Schaffenskraft der Werktätigen, die Sorge um den Menschen ist ein Prinzip der sozialistischen Gesellschaft.

Im Offenen Brief an den Vorsitzenden des DGB, Ludwig Rosenberg, schrieb der Vorsitzende des FDGB, Herbert Warnke, am 2. Juni 1964: „Seit dem Abbruch der Interzonenkonferenzen haben die Gewerkschaften in beiden Teilen Deutschlands viele Erfahrungen gesammelt. Es wäre deshalb richtig, anzusehen und zu prüfen, was erreicht wurde und wie es weitergehen soll, um darüber einen fruchtbaren Erfahrungsaustausch zu beginnen.“

Die Forderungen des DGB für mehr Mitbestimmung, für die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, für eine gerechtere Vermögensverteilung usw. stimmen in wichtigen Fragen weitgehend mit den Rechten und Errungenschaften überein, über die die Gewerkschafter im Staat der Arbeiter und Bauern voll verfügen. Der FDGB hat wiederholt erklärt, gemeinsam mit DGB-Führern, gemeinsam mit dem Bundesvorstand des DGB über die Verwirklichung der Interessen und Ziele der deutschen Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in den beiden Staaten zu beraten. Angesichts des 15. Jahrestages des Bestehens der DDR sollten Studiendelegationen aus der Bundesrepublik alle Gebiete des sozialistischen Lebens in der DDR kennenlernen und so einen Beitrag leisten zur kameradschaftlichen Zusammenarbeit der Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten.

## Versammlung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR fordert Legalität der KPD

Neben den vielen Stimmen der Wissenschaft und Intelligenz aus der Bundesrepublik und vielen Ländern haben auch die weltbekannten Persönlichkeiten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR ihre Stimme zur Wiederherstellung der Legalität der KPD mit allem Nachdruck erhoben.

Am 18. Juni 1964 fand in Moskau eine Versammlung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR zur Frage der Wiederherstellung der Legalität der KPD statt. An der Versammlung nahmen Vertreter der Gelehrten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, die Professoren und Lehrer der Staatlichen Universität „M. W. Lomonossow“ und der anderen Hochschulen der sowjetischen Hauptstadt teil.

Die Versammlung stand unter der Leitung des Akademikers P. N. Fedosejew. Das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPD, Genosse Max Schäfer, referierte vor der Versammlung über den Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands für Frieden, Freiheit und Demokratie sowie über den Kampf für die Aufhebung des Verbots der KPD. Genosse Max Schäfer wurde von den anwesenden Wissenschaftlern und Gelehrten auf das herzlichste begrüßt.

Der Kampf für die Wiederherstellung der Legalität der KPD, unterstrich Genosse Max Schäfer, ist ein untrennbarer Bestandteil für eine friedliche Politik der deutschen Bundesrepublik und hat größte Bedeutung für alle anderen Völker Europas.

In der Versammlung traten das korrespondierende Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, M. W. Chwostow, Prof. A. A. Piontkowski, Prof. G. P. Gorskow und Prof. F. I. Koshewnikow auf. In ihren Stellungnahmen erhoben sie die Forderung nach der Aufhebung des ungesetzlichen Verbots der KPD. Die Versammlungsteilnehmer faßten ein-

stimmig eine Resolution, in der sie für die Aufhebung des Verbots der KPD und für demokratische Rechte in der Bundesrepublik eintreten. „Wissen und Tat“ veröffentlicht nachstehend Auszüge aus der Rede des Akademiemitgliedes M. W. Chwostow und aus der Resolution der Versammlung der Akademie der Wissenschaften

### Aus der Rede des Genossen Chwostow:

Im Referat des Genossen Schäfer wurde ein großes Problem aufgerollt, dessen Bedeutung weit die Grenzen Deutschlands überschreitet und internationalen Charakter besitzt. Tatsächlich ist das Verbot der KPD eine der wichtigsten praktischen Erscheinungen des Antikommunismus. Der Antikommunismus seinerseits ist eine Waffe des kalten Krieges, ist das größte Hindernis für die Minderung der internationalen Spannungen...

Es handelt sich um das Verbot der einzigen Partei in Deutschland, welche von Anbeginn an den kompromißlosen Kampf gegen den Faschismus, für die Demokratie und für die Menschenrechte führt. Gerade die Kommunisten, und nur die Kommunisten, führten vollkommen kompromißlos, auf Leben und Tod, den Kampf gegen die faschistische Hitlerdiktatur. Eben diese Partei, deren Haltung das Bundesverfassungsgericht als nicht mit dem Bonner Grundgesetz vereinbar erklärt hat, brachte die größten Opfer im Kampf gegen den Faschismus und für die Demokratie in Deutschland... So waren es gerade die Kommunisten, die für die Erhaltung der Demokratie in Deutschland gekämpft haben, die nach dem Zusammenbruch des Faschismus darauf bestanden, daß Deutschland ein demokratisches und friedliebendes Land wird, wie es im Potsdamer Abkommen beschlossen wurde. Niemand ist imstande, die historische Wahrheit zu widerlegen, daß die Partei dem Verbot ausgesetzt wurde, die in Deutschland die einzige kühne und konsequente Kämpferin

gegen den Faschismus war. Tausende und Abertausende deutscher Kommunisten fielen im Kampfe gegen den Hitlerismus, für Frieden und Demokratie. Das ist die Partei, die in der deutschen Bundesrepublik von dem Verbot betroffen wurde!

Auf unserem Planeten gibt es einige Regierungen, die das Verbot der kommunistischen Partei praktizieren. Das sind die Regierungen Francos in Spanien, Salazars in Portugal und in der Vergangenheit die unter Hitler in Deutschland. Sehr nahe dem Verbot der kommunistischen Partei befanden sich die USA in der Zeit der Aktivität von Mc Carthy. Ja, und schließlich ist die Kommunistische Partei in Westdeutschland, in der deutschen Bundesrepublik Adenauers und Erhards verboten. Je schneller die deutsche Bundesrepublik aus einer derart farbenreichen Gesellschaft ausscheidet, desto besser ist es – und vor allem ist es besser für die deutsche Bundesrepublik.

Das Verbot der KPD ist ein Erbe des kalten Krieges, zu dessen Einstellung die KPD ständig flammend aufgerufen hat. Den kalten Krieg überwinden heißt, den Antikommunismus überwinden, – das bedeutet, auch das Verbot der KPD, also eine seiner wichtigsten Erscheinungen.

Das Verbot der KPD ist nicht nur eine Handlung, die von der Fortsetzung der Hitlerpolitik zeugt, ist nicht nur eine Handlung des kalten Krieges, – es ist auch eine antinationale Maßnahme. Denn die KPD verfolgt konsequent die Politik der

Verhandlungen und der Annäherung beider deutscher Staaten, als dem einzigen realen gangbaren Weg zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands. Diejenigen, die gegen diesen Weg und gegen die Partei sind, die ihn verfolgt, sind auch gegen die nationale Einheit des Landes...

Das Verbot der KPD ist vergeblich und es ist sogar, wie ein so autoritärer Zeuge wie der Ministerpräsident des größten Landes der Bundesrepublik glaubt, gefährlich für die herrschenden Kreise, und es ist noch gefährlicher für die fortschrittlichen und die oppositionellen Kräfte, denn es schafft Präzedenzfälle für die gerichtliche und administrative Willkür.

Nach dem Verbot der KPD hat das ZK der KPdSU diese Handlung als eine antinationale angeprangert, die die elementaren Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes verletzt, die auf die Unterdrückung der friedliebenden Kräfte und die Stärkung des aggressiven westdeutschen Militarismus gerichtet ist, der die Sicherheit der Völker Europas bedroht. Die Zeit bestätigte diese Einschätzung...

Die sowjetischen Wissenschaftler vereinigen ihre Stimme mit der Forderung der deutschen und internationalen Öffentlichkeit auf Wiederherstellung der Legalität der Kommunistischen Partei Deutschlands. Sie hoffen, daß dieser Protest hilft, den deutschen Kommunisten die Freiheit wiederzugeben, den standhaftesten und mutigsten Kämpfern gegen Faschismus und Reaktion, für die Demokratie in Deutschland.

#### **Aus der Resolution der Versammlung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR**

Die Versammlung der Vertreter der „Gelehrten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, der Professoren und Vertreter der Moskauer Staatlichen Universität und anderer Hochschulen der Stadt Moskau vereinigen ihre Stimme mit der Forderung der demokratischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland und anderer Länder nach der Aufhebung des Verbotes der KPD und der Wiederherstellung ihrer gesetzlichen Rechte auf Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben.

Die sowjetischen Wissenschaftler unterstützen die Argumente, die im Brief des 1. Sekretärs des ZK der KPD, Max Reimann, an Kanzler Erhard über die Wiederherstellung der Legalität der KPD dargelegt sind. Wir betrachten das Verbot der KPD im Jahre 1956 als Ausdruck der aktiven Teilnahme der führenden Kreise der Bundesrepublik am kalten Krieg...

Wir sind der Meinung, daß das Verbot der KPD im empörenden Widerspruch zu den Prinzipien der Rechte steht, die im Laufe der Entwicklung



von der Rechtswissenschaft ausgearbeitet wurden. Mit dem Verbot der KPD haben Regierung und Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik nach Meinung von Autoritäten der Rechtswissenschaft den Artikel 3 des Grundgesetzes, der die Freiheit der politischen Anschauung garantiert, den Artikel 5, der das Recht der freien Meinungsäußerung schützt und den Artikel 9, der die Vereins- und Koalitionsfreiheit sichert, gröblichst verletzt.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat in der Klageschrift und das Bundesverfassungsgericht im Urteil gegen die KPD den Artikel 21 des Grundgesetzes der Bundesrepublik angewendet. Dieser Artikel erklärt Parteien als verfassungswidrig, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährden. Doch ist gerade die KPD immer für die breiteste Entwicklung der Demokratie in Deutschland aufgetreten; deshalb war das Gericht auch nicht in der Lage, Unbeweisbares zu beweisen. Stattdessen hat das Bundesverfassungsgericht über eine Weltanschauung gerichtet, wogegen immer die Vertreter der Wissenschaft der ganzen Welt protestierten und protestieren. Die Richter des Bundesverfassungsgerichtes waren sich im klaren darüber, welch schändlichen Charakter die Verfolgung der Weltanschauung trägt. Sie vermerkten im Urteil, daß sie sich nicht das Verbot des Marxismus zum Ziel gesetzt haben, doch haben sie eine politische Partei nur deshalb verboten, weil ihre Weltanschauung die Lehre des Marxismus-Leninismus ist.

**Die zuständigen Staatsorgane der deutschen Bundesrepublik müssen dieses Unrecht korrigieren, das Urteil aufheben, das die Grundprinzipien des Verfassungs- und prozessualen Rechts**

**verletzt und müssen die KPD wieder in ihre gesetzlichen Rechte einsetzen...**

Das Verbot der KPD ist nicht nur eine innere Angelegenheit der Bundesrepublik. Es verletzt viele Normen des internationalen Rechts und insbesondere das Potsdamer Abkommen, das die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands vorsieht, wie auch die Deklaration der Menschenrechte, die von der Generalversammlung der UN im Jahre 1948 angenommen wurde. Der Artikel 25 des Grundgesetzes der Bundesrepublik erklärt die allgemeinen Normen des internationalen Rechts als Bestandteil der Rechte der Bundesrepublik. Die Regierung der Bundesrepublik und das Bundesverfassungsgericht haben mit ihrem Verbot der KPD wichtigen Grundsätzen des internationalen Rechts Schaden zugefügt.

Die antikommunistische Politik der Staatsorgane der Bundesrepublik im Innern des Landes schädigt die Sache des internationalen Friedens und behindert die Herstellung von Kontakten sowohl zwischen beiden deutschen Staaten, wie auch zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern. Sie widerspricht den Grundsätzen der Festigung des Friedens, der friedlichen Koexistenz, dem Kampf für die allgemeine und vollständige Abrüstung.

Die Zeit ist angebrochen, das Verbot der KPD aufzuheben, das auf dem Höhepunkt des kalten Krieges ausgesprochen wurde! Die Aufhebung des Verbotes der Kommunistischen Partei Deutschlands stellt die Gerechtigkeit wieder her, verbessert die politische Atmosphäre in der deutschen Bundesrepublik und ist eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der Lage in Europa."

**D**ie KPD verteidigt das Grundgesetz und die darin enthaltenen demokratischen Rechte der Bürger — wie das unser Parteitag in der „*Programmatischen Erklärung*“ niedergelegt hat . . .

*Wir anerkennen das Grundgesetz, verteidigen es gegen alle reaktionären Angriffe und kämpfen dafür, daß das Grundgesetz bindend ist für Regierung, für alle Parteien und Organisationen.*

(Aus dem Bericht des Politbüros auf der 3. ZK-Tagung der KPD)

## Zu den Meinungsverschiedenheiten mit den Führern der KP Chinas

*Ein Leser aus einer norddeutschen Großstadt fragt: Wie ist die Haltung der chinesischen Führer zur Rolle des deutschen und amerikanischen Imperialismus in Europa zu beurteilen?*

### I.

Unsere Partei hat verschiedentlich zu der falschen und gefährlichen These der chinesischen Führer von der sogenannten „Zwischenzone“ Stellung genommen, die auf eine Verniedlichung der von den aggressiven, revanchistischen Kräften des westdeutschen Imperialismus ausgehenden Kriegsgefahr hinausläuft.

Anlässlich der Wahl Lübkes in Westberlin hat die „Pekinger Volkszeitung“ die Revanchepolitik der herrschenden Kreise der Bundesrepublik verurteilt. Aber aus dem Artikel geht hervor, daß die Leitung der KP-Chinas das Verhältnis des deutschen zum USA-Imperialismus und die Rolle des westdeutschen Imperialismus in Europa nach wie vor falsch einschätzt. In dem Artikel der „Pekinger Volkszeitung“ heißt es u. a.: „Um den Frieden in Europa zu schützen, müssen alle Völker entschlossen dagegen kämpfen, daß der USA-Imperialismus die westdeutschen militaristischen Kräfte aktiv unterstützt und danach trachtet, Westdeutschland zum Stützpunkt für eine Aggression und einen Krieg gegen den Sozialismus und alle Völker Europas zu machen.“ In dem gleichen Kommentar der „Pekinger Volkszeitung“ ist davon die Rede, daß die USA die Bundesrepublik zu ihrem „Aggressions- und Kriegswerkzeug“ machen wollen.

In alledem kommt nach wie vor eine verhängnisvolle Unterschätzung und Bagatellisierung der vom westdeutschen Imperialismus ausgehenden Bedrohung des Friedens zum Ausdruck. Wir schreiben ja heute nicht mehr 1949 oder 1955, als der westdeutsche Imperialismus in der Tat ein bloßer Satellit des USA-Imperialismus war, obwohl er auch damals bereits seine eigene Stärkung erstrebte.

Heute hat der westdeutsche Imperialismus ein beträchtliches Eigengewicht erlangt. Er ist ökonomisch die stärkste Macht in Westeuropa. Er hat die beherrschende Position innerhalb der EWG erlangt und besetzt immer mehr leitende und einflußreiche Stellungen in der NATO. Sicherlich war die gesamte Strategie des USA-Imperialismus — wie die einiger imperialistischer Länder vor dem zweiten Weltkriege — nach 1945 darauf gerichtet, den westdeutschen Imperialismus zu einem Stützpunkt und zu einem Degen seiner Aggressionspläne gegen die sozialistischen Länder Europas zu machen, und das ist gewiß auch heute noch das Ziel solcher „Besessenen“ in den USA, wie Barry Goldwater.

Aber es sind doch inzwischen wichtige Veränderungen eingetreten. Der westdeutsche Imperialismus ist nicht, wie die chinesischen Führer behaupten, ein bloßer „Schatten“ des USA-Imperialismus, er ist keine in jeder Hinsicht vom USA-Imperialismus abhängige Kraft. Er verfolgt heute längst seine eigenen imperialistischen Hegemoniebestrebungen in Westeuropa und seine gefährlichen revanchistischen Eroberungsziele gegen die DDR und andere sozialistische Länder in Osteuropa.

Bereits in der Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 wurde darauf hingewiesen, daß die vom westdeutschen Imperialismus ausgehende Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas wächst. Es wurde festgestellt, daß Westdeutschland „zum Hauptgegner der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und Entspannung in Europa“ geworden ist. Schon aus die-

ser prinzipiellen Feststellung ist ersichtlich, daß es falsch wäre, die Rolle des westdeutschen Imperialismus hauptsächlich durch äußere Triebkräfte, als „Schatten“ des USA-Imperialismus zu erklären. Das läuft auf eine gefährliche Unterschätzung der eigenen aggressiven Pläne und Ziele der westdeutschen Militaristen und Revanchisten hinaus, von denen heute die **Hauptkriegsgefahr** in Europa ausgeht.

Wir müssen dabei auch einige Veränderungen berücksichtigen, die mit der Verlagerung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus eingetreten sind. Selbst der eingefleischteste Vertreter der amerikanischen Aggressionspolitik gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder, John Foster Dulles, mußte kurz vor seinem Tode eingestehen, daß seine Politik des „roll back“, die den Kommunismus „zurückrollen“ sollte, zusammengebrochen war. Die militärische Stärke der Sowjetunion hatte selbst diesem wütenden Feind des Sozialismus gelehrt, daß eine Aggression gegen die sozialistischen Länder dem Selbstmord gleichkommt.

Diese Entwicklung führte dazu, daß die in den USA seit einiger Zeit herrschenden imperialistischen Kreise (Kennedy und auch sein Nachfolger Johnson), die natürlich nach wie vor Feinde des Sozialismus sind und ihre Ziele keineswegs aufgegeben haben, das gegenwärtige militärische Kräfteverhältnis in der Welt nüchterner einschätzen. Diese Kreise sind offenbar nicht daran interessiert, sich von den extrem-militaristischen Scharfmachern in Bonn für deren Revancheziele in einen Atomkrieg hineinreißen zu lassen.

In außerordentlich drastischer Weise hat das der Adenauer nahestehende Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“, Wilhelm Wenger, am 26. Juli 1964 im Frühschoppen des bundesdeutschen Fernsehens bestätigt. Wenger enthüllte dort, daß der Nazi-general Heusinger nach dem 13. August 1961 in seiner damaligen Funktion als Vorsitzender des Ständigen Militärausschusses der NATO die **USA-Regierung zum Kriege drängte**. Wörtlich sagt Wenger am Fernsehen: „Mir hat Heusinger gesagt, daß er die Tage nach dem Bau der Mauer mit befreundeten Generalen im Pentagon auf das Weiße Haus gedrückt hat, die Mauer einzuboxen.“

Das Weiße Haus — Kennedy — ist diesem „Ratschlag“ der wahnwitzigen westdeutschen Militaristen, dessen Realisierung den dritten Weltkrieg bedeutet hätte, bekanntlich nicht gefolgt. Aber zeigt das nicht, von wem in Europa die ernsteste Bedrohung des Friedens ausgeht? Wir verkennen keineswegs die Gefahren, die von den „Besessenen“ in den USA drohen und die durch die Wahl Barry Goldwaters zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten zweifellos zugenommen haben.

Aber während in den USA gegenwärtig die imperialistischen Kreise bestimmen, die zu einer nüchternen Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der Welt neigen und sich zu ersten Schritten der Entspannung mit der Sowjetunion bereitgefunden haben, üben in der Bundesrepublik die extrem-militaristischen Kräfte — die Gruppe um Adenauer, Strauß, Krone, Barzel, von Guttenberg — nach wie vor einen starken Einfluß auf die Regierungspolitik aus.

## II.

Schon auf der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 versuchten die Vertreter der Kommunistischen Partei Chinas und auch der Kommunistischen Partei Japans unserer Partei und den anderen westeuropäischen Parteien die These aufzudrängen, man müsse überall in den kapitalistischen Ländern den Hauptstoß gegen den amerikanischen Imperialismus richten. Die Ver-

treter unserer Partei und auch die der anderen Bruderparteien in Westeuropa haben diese Auffassung bereits damals entschieden zurückgewiesen. Wir haben damals schon erklärt, daß die herrschenden monopolkapitalistischen und militaristischen Kräfte in der Bundesrepublik die Hauptverantwortung tragen für die Bonner Revanche-Politik, daß sie aus eigenem Machtinteresse die Bundesrepublik an die

NATO gekettet haben, daß sie die Hauptschuldigen sind an dem in Bonn betriebenen friedensfeindlichen und antinationalen Kurs. Wollte die Arbeiterklasse den Hauptstoß gegen den amerikanischen Imperialismus richten, so ließe das bei uns darauf hinaus, die für den Revanchekurs der Bundesrepublik hauptverantwortlichen westdeutschen Scharfmacher von ihrer Schuld freizusprechen, sie gewissermaßen als arme „Opfer“ oder „Gefangene“ des USA-Imperialismus erscheinen zu lassen.

Es leuchtet ein, daß unsere Partei eine solche, die westdeutschen Militanten entlastende und die von ihnen ausgehende Gefahr verniedlichende Auffassung niemals akzeptieren kann.

## Unser Interview

**Redaktion:** Wie aus Pressemeldungen hervorgeht, beabsichtigt die Bundesregierung trotz der zahlreichen Proteste aus der Bevölkerung noch im Herbst die Notstandsgesetze vom Bundestag verabschieden zu lassen. Was ist dazu zu sagen, Genosse Ledwohn?

**Genosse Ledwohn:** Dies bedeutet höchste Alarmstufe für alle Bürger und insbesondere für die Gewerkschaften, die den Notstandsgesetzen der Regierung in zahlreichen Beschlüssen und Forderungen ein entschiedenes Nein entgegengesetzt haben. Die beschleunigte Verabschiedung der Notstandsgesetze ist die Antwort der Scharfmacher auf das Verlangen der Bevölkerung nach einer vernünftigen Politik, die den Frieden sichert und die Kriegsgefahr schrittweise abbaut. Die militaristischen und revanchistischen Kreise wollen mit Zwangsgesetzen ihre zwar bankrotte aber gefährliche Politik der atomaren Rüstung, der militaristischen Erpressungen und Kriegsdrohungen fortsetzen und sichern. Um dieser aggressiven Politik willen, die die Gefahr des atomaren Selbstmordes einschließt, wollen sich

Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik tragen die volle Verantwortung für die von ihnen betriebene lebensgefährliche und abenteuerliche Politik. Unsere Partei setzt alles daran, um die westdeutsche Arbeiterklasse und alle friedliebenden Kräfte im Kampfe gegen die militaristischen Scharfmacher zu vereinen, um den Einfluß dieser Kräfte auf die Politik der Bundesrepublik zu brechen und um einen Kurs der friedlichen Koexistenz, der Verhandlungen mit der DDR, des Schutzes der demokratischen Rechte durchzusetzen. Das ist auch der einzige Weg zur Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals, zu einer friedlichen und demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik.

Peter Pfeil

*Der Redaktion von „Wissen und Tat“ gewährt Genosse Jupp Ledwohn, Mitglied des Politbüros des ZK der KPD, ein Interview zu den Aufgaben der Gewerkschaften und der demokratischen Kräfte im Kampf gegen die drohenden Notstandsgesetze.*

jetzt die Bundesregierung, insbesondere die Scharfmacher am Adenauer und Strauß, mit den Notstandsgesetzen ein Zwangsinstrument schaffen, das ihnen die Möglichkeit gibt, das gesamte öffentliche Leben ihrer militaristischen und revanchistischen Politik unterzuordnen.

**Redaktion:** Die Bevölkerung durchkreuzte wiederholt den Zeitplan der Bundesregierung für die Verabschiedung ihrer Notstandsvorlagen. Was veranlaßt jetzt den CDU-Abgeordneten und Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Bundestages, Hoogen, dem „Spiegel“ gegenüber zu behaupten, er sei überzeugt, daß die „Notstandsverfassung und mehrere Notstandsgesetze noch vor diesem Weihnachtsfest“ unter Dach und Fach sind?

**Genosse Ledwohn:** Die an der Notstandsgesetzgebung interessierten Kreise glauben sich diesmal ihrer Sache durch die Zustimmung führender SPD-Abgeordneter sicher zu sein. Erler, Schmitt-Vockenhausen und Schäfer haben erneut am 1. Juni in einem „Spitzengespräch“ mit der Bundesregierung ihre grundsätzliche Zustimmung zu den Notstandsplänen der

Regierung erklärt. Statt auf die Gewerkschaften und breite Kreise ihrer Mitglieder zu hören, die eine Verhinderung der Notstandsgesetze fordern, verhandeln sie seit Monaten mit Höcherl und schmieden mit am großen Notstandskomplotz gegen die Bevölkerung. Den Mitgliedern der KPD entsteht dadurch die Aufgabe, mit den sozialdemokratischen Genossen kameradschaftlich und eindringlich über die gemeinsamen Aufgaben zur Verhinderung der Notstandsgesetze zu sprechen und gemeinsames Handeln festzulegen. Das ist die beste Antwort an die Scharfmacher und an die Wehner und Erler.

**Redaktion:** Die Zahl der Notstandsgesetze mit ihrem Paragraphen-Dschungel hat bereits einen Umfang angenommen, der es dem einfachen Bürger immer schwerer macht, die ganze Auswirkung und die Gefährlichkeit der Notstandsgesetze zu erkennen. Dazu kommt, daß die Bundesregierung je nach ihrer taktischen Konzeption mal den einen und mal den anderen Komplex der Notstandsgesetze im Bundestag einbringen will. Was muß man aber über den Umfang der Notstandsgesetze wissen?

**Genosse Ledwohn:** Wir müssen gewärtig sein, daß noch in diesem Jahr dem Bundestag das gesamte Notstandspaket auf den Tisch gelegt wird, vor allem das verfassungsändernde Notstandsgesetz, die sogenannte Notstandsverfassung. Es sieht vor: Ausschaltung des Parlaments. Beseitigung der demokratischen Rechte des Volkes, Einsatz von Polizei und Bundeswehr im Innern. Diese Ermächtigungsbestimmungen über einen Einsatz der Bundeswehr und die Übertragung der Exekutivgewalt an Militärbefehlshaber — das ist genau das, was die militaristischen Kreise und die Generale wollen. Sie wollen die Bundeswehr, die heute schon, wie der Wehrbeauftragte des Bundestages Heye nachwies, ein „Staat im Staate“ ist, auch gegen die eigene Bevölkerung einsetzen.

Mit dem Notstandsgesetz sollen „für die totale Erfassung der Bevölkerung für einen totalen Krieg“, wie Otto Brenner richtig feststellte, eine Reihe sogenannter einfacher Notstandsgesetze verabschiedet werden. Sie alle

gefährden die demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger, ordnen die gesamte Industrie, Landwirtschaft und den Verkehr sowie die menschliche Arbeitskraft den Erfordernissen der militaristischen Politik unter und greifen reglementierend in alle Bereiche des öffentlichen Lebens ein. Wie Prof. Dr. Ridder und Dr. Stein in einem im Auftrage der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler herausgegebenen Memorandum beweisen, sind dies Gesetze, die faktisch „Kriegsrecht in Friedenszeiten“ schaffen.

**Redaktion:** Die Befürworter der Notstandspläne wollen der Bevölkerung einreden, solche Gesetze seien notwendig, um Leben und Eigentum zu schützen und die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

**Genosse Ledwohn:** Es ist reine Demagogie, wenn kürzlich Herr Höcherl im hessischen Fernsehen behauptet, mit den Notstandsgesetzen würden notwendige Vorkehrungen für Notzeiten geschaffen und durch eine kluge Vorratshaltung die Familien vor dem Hunger geschützt. Man muß doch die Frage stellen: Wer bedroht denn eigentlich die Bundesrepublik? Von ihren eigenen westlichen Bündnispartnern wird die Bundesregierung das doch nicht behaupten wollen. Und vom Osten, von der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion, kommen seit Jahr und Tag immer wieder Vorschläge für Entspannung, Abrüstung und Verständigung, auf die man nur eingehen muß. Stattdessen stellen sich die Scharfmacher gegen alle Tendenzen und Maßnahmen der Entspannung in Deutschland und in der Welt. Sie sind es doch, die mit ihrer „atomaren Vorwärtsstrategie“ die Existenz der Nation bedrohen und damit einen echten Notstand herbeigeführt haben. Was den atomaren Kriegskatastrophenfall anbetrifft, den die Bundesregierung zur Rechtfertigung ihrer Notstandspläne an die Wand malt, so würde dieser die Bundesrepublik in Augenblicken wie „eine Fackel abbrennen“ lassen, und nichts würde die Bevölkerung mehr retten. Eine Regierung, die es ernst meint mit dem Schutz von Leben und Eigentum der Bürger, müßte darum in erster Linie eine Politik vertreten, die die Gefahren eines



Atomkrieges von vornherein ausschaltet. Eine Regierung, die in der gegenwärtigen Situation, in der die Spannungstendenzen in der Welt immer sichtbarer werden, eine Politik der internationalen und innerdeutschen Verständigung, der Abrüstung, des Verzichts auf Atomwaffen und der friedlichen Koexistenz betreibt, braucht keine Notstandsgesetze. Notwendig ist eine selbständige nationale Politik in der Bundesrepublik, die von den Interessen der Bevölkerung ausgeht. Wir brauchen also keine Notstandsgesetze, sondern eine Politik, die den Frieden sichert und jede Kriegsvorbereitung ausschaltet.

**Redaktion:** Die Befürworter der Notstandspläne in der SPD-Fraktion, wie Wehner, Erler und Schmitt-Vockenhausen versuchen, ihre Zustimmung zur Notstandsverfassung mit der Behauptung zu rechtfertigen, durch ihre Mitarbeit könnte ein „demokratisches Notstandsgesetz“ ausgehandelt werden. Was ist davon zu halten?

**Genosse Ledwohn:** Es wäre eine gefährliche Illusion, darauf Hoffnungen zu setzen. Notwendig ist, alle Kraft auf die Verhinderung jeglicher Notstandsgesetzgebung zu richten. Die deutsche Arbeiterklasse hat oft erfahren, daß Notstandsermächtigungen, wie z. B. der berüchtigte Artikel 48 der Weimarer Verfassung, für reaktionäre Regierungen immer gegen links, gegen die Arbeiter, und als Hebel zur Beseitigung der Demokratie und für den Übergang zur offenen diktatorischen Machtausübung benutzt wurden.

Notstandsgesetze — das wäre die Stunde der Exekutive, sagte Innenminister Höcherl in einer Debatte über die Notstandsgesetze. Die Staatsexekutive aber, die ist in den Händen schuld-beladener Nazi-, SS- und Kriegsverbrecher wie Trettner, Gehlen und Seehoß.

Heute mahnen nicht nur die gesellschaftlichen Erfahrungen, sondern auch die Praktiken jener, denen die Notstandsermächtigungen in die Hände fallen würden. Die Nacht- und Nebel-Aktion gegen den „Spiegel“ und die Enthüllungen über die Zustände in der Bundeswehr, über Brief- und Telefonzensur haben erneut schlag-

artig die Gefährlichkeit der Notstandsgesetze für Freiheit und Demokratie beleuchtet. Jeder kann sich heute ausrechnen, was wir zu erwarten haben, wenn die für diese Praktiken Verantwortlichen sich auch noch auf Notstandsermächtigungen stützen können.

**Redaktion:** Was müßte jetzt geschehen, um die Notstandsgesetze zu verhindern?

**Genosse Ledwohn:** Vor allem die Gewerkschaften müssen jetzt die demokratischen Kräfte alarmieren und sie durch ihr eigenes Beispiel zur höchsten Aktivität bei der Verteidigung des Grundgesetzes anspornen. Jetzt ist doch der Zeitpunkt da, von dem es in der Stellungnahme des 6. Gewerkschaftstages der IG Metall heißt, entweder beantworten die Gewerkschaften die akute Gefahr der Verabschiedung der Notstandsgesetze mit gezielten politischen Maßnahmen „oder sie verlieren ihr Gesicht, ihre Gutgläubigkeit und danach ihre Existenz“. Mit Recht fordert das Organ des DGB, „Die Quelle“, Heft 5/64, „die Verteidigung unserer Verfassung gegen alle Versuche, die Grundrechte unter dem Vorwand eines Staatsnotstandes einzuschränken oder abzubauen...“

Die Notstandsgesetze sollen schließlich zu einer Zeit im Bundestag verabschiedet werden, in der Millionen Arbeiter für Lohnforderungen eintreten. Notstandsgesetze in den Händen der Monopolherren und ihrer Regierung würden die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen ungeheuer erschweren. Mit Recht weist die „Welt der Arbeit“ vom 17. April 1964 darauf hin, daß „ein Streik, den die Gewerkschaften zur Wahrung legitimer Interessen ausrufen“, jederzeit mit Hilfe der Notstandsgesetze „abgewürgt werden“ kann.

Die Gewerkschaften sollten ihre Forderung aus dem Grundsatzprogramm nach Herstellung der Übereinstimmung von Grundgesetz und Verfassungswirklichkeit den Notstandsplänen entgegenstellen. Die erfolgreiche Abwehr der Bonner Notstandspläne ist eine unbedingte Voraussetzung für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen nach mehr Mitbestimmung im Betrieb, Wirtschaft und Staat. Die Gewerk-

schafter können sich deshalb nicht damit abfinden, daß ihre Mitglieder, die im Bundesrat und Bundestag sitzen, wie bei der ersten Lesung der Gesetzentwürfe am 24. Januar 1963 im Bundestag den Notstandsvorlagen zustimmen oder tatenlos zusehen, wie der CDU/FDP-Regierung Vollmachten für die weitere Militarisierung des öffentlichen Lebens in die Hände gespielt werden. Die Arbeiterschaft muß sich dafür einsetzen, daß die 180 DGB-Mitglieder im Bundestag entsprechend den gewerkschaftlichen Beschlüssen gegen die Notstandsgesetze auftreten. Dazu verpflichtet sie das Statut ihrer Gewerkschaft. Eine entschlossene Haltung der DGB-Mitglieder im Bundestag würde auch einen großen Einfluß auf andere Mitglieder des Bundestages, besonders auf die der SPD haben. Jeder Gewerkschafter sollte der Aufforderung des Gewerkschaftstages der ÖTV folgen. Der Gewerkschaftstag bekannte sich am 4. Juli 1964 in einer Entschliebung noch einmal ausdrücklich zum Antinotstandsbeschuß des 6. DGB-Kongresses. Kollege Kummernuß sagte mit Recht: „Verlaßt euch nicht auf eure Bezirksleitung oder auf euren Hauptvorstand, sondern fangt nun tatsächlich fünf Minuten vor zwölf an und werdet selbst aktiv in dieser Frage!“

Appelle an die Regierung und die Abgeordneten allein genügen jedoch nicht. Wie jetzt der Kampf aller Gewerkschafter geführt werden muß, das zeigen die Beschlüsse des Gewerkschaftstages der IG Chemie-Papier-Keramik vom September 1963. Alle Gewerkschafter werden aufgefordert, in der Abwehr gegen die Notstandsgesetze sich nicht auf „Deklamationen zu beschränken, sondern zu Aktionen überzugehen“. Der Gewerkschaftstag

entwickelte ein ganzes Aktionsprogramm. Die Delegierten forderten den Hauptvorstand und den DGB-Bundesvorstand auf, dafür einzutreten, mit der Gewerkschaftspresse mehr als bisher auf die Gefahren der Notstands- und Zivildienstgesetzgebung hinzuweisen und aufklärende Flugblätter und Broschüren vor den Betrieben zu verteilen. In Kundgebungen und Demonstrationen sollen die deutschen Gewerkschaften in aller Öffentlichkeit ihren ablehnenden Standpunkt begründen und eine Sternfahrt — verbunden mit einer Protestkundgebung — nach Bonn durchführen. Durch Unterschriftensammlungen, die an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages zu richten sind, soll der Wille der Arbeitnehmer zum Ausdruck gebracht werden.

Wenn sich alle Gewerkschafter dieser Aufforderung anschließen und sofort handeln, dann werden die Diktaturgesetze nicht angenommen. Der Kampf gegen die Notstandsgesetze muß zum festen Bestandteil der Aktion der Werktätigen gegen Preissteigerungen und Mietwucher, gegen den Abbau der sozialen Leistungen, gegen die multilaterale Atommacht und für Rüstungsstopp werden. Die wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die Notstandsgesetze ist jetzt das Zusammenwirken aller friedliebenden und demokratischen Kräfte des Volkes. Alle Kommunisten rufe ich auf, im Kampf zur Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes und zur Verhinderung der Notstandsdictatur keine Anstrengungen zu scheuen, um das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte herbeizuführen.

## Aus der internationalen Arbeiterbewegung

### Über den IV. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

#### I.

Der IV. Parteitag der PVAP fand vom 15. bis 20. Juni 1964 in Warschau statt. Dieser Parteitag erhielt dadurch seine besondere historische

Bedeutung für Polen, weil er zusammenfiel mit dem 20. Jahrestag der Volksmacht und dem tausendjährigen Bestehen der polnische Nation.

Auf dem Parteitag waren 1630 Delegierte anwesend, davon 1015 = 62,3 Prozent aus der Arbeiterklasse, 443 = 27,2 Prozent aus der bäuerlichen Bevölkerung; 10,5 Prozent der Delegierten kamen aus den Reihen der Intelligenz. 215 Delegierte waren Frauen. 360 Delegierte waren bereits vor 1939 in der Arbeiterbewegung organisiert, 373 Delegierte beteiligten sich an der illegalen Arbeit, 103 Delegierte waren jünger als 30 Jahre und 493 Delegierte jünger als 40 Jahre. Diese Zusammensetzung widerspiegelt die Rolle der Arbeiterklasse und der Jugend innerhalb der PVAP. Das kam allerdings in den Berichten vieler Delegierter noch deutlicher zum Ausdruck. Sie berichteten, daß die Partei besonders seit dem III. Parteitag im Jahre 1959 einen großen Zustrom aus der Arbeiterschaft und der Jugend hat. Zum Teil sind 40 bis 50 Prozent der Mitglieder vieler Parteiorganisationen erst nach 1959 Mitglied oder Kandidat der Partei geworden — davon die Mehrheit junge Arbeiter.

Am Parteitag nahmen Delegationen von 11 Bruderparteien teil: die kommunistischen und Arbeiterparteien aus der Sowjetunion, der DDR, CSSR, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Frankreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland und Finnland. Die Delegation unserer Partei wurde vom 1. Sekretär des Zentralkomitees, Genossen Max Reimann, geleitet. Der Parteitag erhielt viele Grußschreiben und Telegramme anderer Bruderparteien.

Eingeleitet wurde der Parteitag mit dem großangelegten Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees durch den Genossen Wladislaw Gomulka. Es wurde über die 20 Jahre des Bestehens

\*) Anmerkung der Redaktion: Dazu bieten die Aufgaben für die Entwicklung der Volkswirtschaft von 1966 bis 1970 gute Möglichkeiten: Steigerung der Industrieproduktion um 45 bis 47 Prozent; Steigerung der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion um 14 bis 15 Prozent; bedeutende Steigerung des Außenhandelsumsatzes; Erweiterung und Bereicherung der eigenen Rohstoffbasis durch das weitere Anwachsen des Bergbaus. Neben dem Maschinenbau wird vor allem die Chemie entwickelt. Im Fünfjahrplan ist eine mehr als zweifache Erhöhung der Produktion in der chemischen Industrie vorgesehen.

der Volksmacht Bilanz gezogen. Es wurden die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Aufgaben herausgearbeitet, die vor der Partei und der Volksrepublik in den Jahren 1966 bis 1970 stehen. Die Erfolge der 20jährigen Volksmacht wirkten auf uns besonders eindrucksvoll, weil die PVAP sie dem gegenüberstellte, was in den rund 20 Jahren der ersten bürgerlichen Republik geschah. Das war auch bereits in den Thesen zum IV. Parteitag geschehen, wodurch die Diskussion vor und auf dem Parteitag ihr besonderes Gepräge erhielt. Die Gegenüberstellung zeigt, daß aus dem ehemaligen zurückgebliebenen Agrarland der Junker und Großgrundbesitzer ein moderner Industrie-Agrarstaat mit einem hochentwickelten sozialen und kulturellen Niveau entstanden ist. Und das in historisch kurzer Zeit und trotz der gewaltigen materiellen und menschlichen Opfer, die das polnische Volk durch den brutalen Hitler-Krieg bringen mußte!

Ein Beispiel kann diese Entwicklung verdeutlichen: Der Produktionsanteil Vorkriegspolens (pro Kopf der Bevölkerung gerechnet) machte im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich, Westdeutschland und Italien nur 17 bis 18 Prozent aus. Heute beträgt die industrielle Pro-Kopf-Produktion über 60 Prozent der Produktion in den genannten kapitalistischen Ländern.

Eine wichtige Frage, vor der die Volksmacht steht, ist die Schaffung von 1,5 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen außerhalb der Bauernwirtschaften; denn in den Jahren 1966 bis 1970 werden 3 260 000 Menschen das Produktionsalter, das 18. Lebensjahr erreichen. Beim gegenwärtigen Produktionsstand würden aber nur rund 1 750 000 Arbeitsstellen vorhanden sein. Im Rechenschaftsbericht wurden darum die Möglichkeiten für die Lösung dieser Aufgabe gezeigt. Und es war interessant, von den Delegierten konkrete Vorschläge und auch Verpflichtungen zu hören, wie dieses Problem gelöst werden kann.\*

Die Diskussion ging daher sehr auf die Lösung der ökonomischen Fragen ein. Sie war von großem Optimismus getragen, sie widerspiegelte das Vorwärtsdrängen der polnischen Arbeiterklasse.

## II.

Für uns Kommunisten aus der Bundesrepublik war sehr beeindruckend, was die Genossen aus den polnischen Westgebieten über die dortige Entwicklung berichteten. Gerade diese Gebiete, nach deren Rückeroberung die westdeutschen Revanchisten gieren, entwickeln sich zu industriell und landwirtschaftlich aufblühenden Wojewodschaften. So ist die Bevölkerungszahl und die Produktion längst höher als früher. 40 bis 50 Prozent der Bewohner sind unter der Volksmacht geboren. Das macht klar und deutlich, selbst wenn man vom Begriff des Heimatrechts ausgeht, daß nicht die in Westdeutschland geborenen Nachkommen der Schlesier und Ostpreußen Heimatrechte auf diese Gebiete besitzen, sondern die Millionen Polen, die dort geboren wurden, die aus den Trümmern des Krieges ein blühendes Land aufbauten.

In der Diskussion brachten viele Genossen der PVAP ihr Vertrauen zur deutschen Arbeiterklasse zum Ausdruck, die es zu verhindern weiß, daß jemals die Grenze an Oder und Neiße angetastet wird. Sie erkannten und würdigten dabei die große Rolle, die vor allem der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat, die DDR, in diesem Kampf einnimmt.

Genosse Gomulka nahm in seinem Rechenschaftsbericht sehr eingehend zu Fragen der Außenpolitik und zu Fragen der internationalen Arbeiterbewegung Stellung. In seinen Darlegungen zur Außenpolitik nahm er besonders Stellung zum Kampf um Frieden und Entspannung, für die konsequente Anwendung der Politik der friedlichen Koexistenz. Genosse Gomulka verurteilte auf das Schärfste die Politik der Bonner Revanchisten und sagte klar und deutlich: Die deutsche Frage besteht vor allem nicht in der Spaltung — sondern in der Tatsache, daß in Westdeutschland Militarismus und Chauvinismus wieder an Macht gewonnen haben und von den Westmächten gestützt werden. Diese Entwicklung gefährdet den Frieden. Genosse Gomulka begrüßte die Politik der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik, die auf Entspannung in Europa und die Festigung

des Friedens gerichtet ist. Er würdigte dabei besonders den Freundschafts- und Beistandspakt zwischen der UdSSR und der DDR.

In seiner Stellungnahme zu Fragen der internationalen Arbeiterbewegung nahm Genosse Gomulka eindeutig die Position der Parteien ein, die auf der Plattform der Dokumente der Moskauer Beratungen stehen und die Politik der chinesischen Führer mißbilligen. Dieser Teil des Rechenschaftsberichtes des ZK war eine gründliche leninistische Auseinandersetzung mit den Auffassungen der chinesischen Führer.

Er gibt auch uns gute Argumente in die Hand, um darzulegen, daß es gerade die Politik der friedlichen Koexistenz ist, die den Völkern den Weg zum Sozialismus freimacht. Diese Ausführungen und die Erklärung, daß die PVAP fest an der Seite der KPdSU steht und die Einberufung einer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien befürwortet, wurde von den Delegierten stark begrüßt.

Das Auftreten der Bruderparteien und ihre Begrüßungsreden wurden von den Delegierten mit starkem und herzlichem Beifall beantwortet. Wir können mit Stolz berichten, daß auch unsere Partei unter den polnischen Kommunisten und Werktätigen großes Ansehen genießt. Das zeigte sich nicht nur durch den nichtendenwollenden Beifall, den Genosse Max Reimann erhielt, sondern auch im großen Vertrauen, das uns in vielen Gesprächen mit Delegierten und bei Besuchen in verschiedenen Betrieben entgegengebracht wurde. Die polnischen Genossen haben Achtung und Vertrauen zu unserer Partei. Tun wir alles, um das Gelöbnis unserer Delegation auf dem Parteitag der PVAP zu erfüllen: „Nicht mehr zulassen, daß von deutschem Boden nochmals ein Krieg beginnt.“

Die Verbreitung der Wahrheit über das sozialistische Polen ist bei der Erfüllung unseres Gelöbnisses ein wichtiges Mittel. Es gibt auch bei uns viel Material über das 20jährige Bestehen der Volksmacht, über die erreichten Erfolge beim sozialistischen Aufbau.

Nutzen wir dieses Material, um die Wahrheit über das neue Polen in der Bundesrepublik zu verbreiten, um damit zugleich für Freundschaft und gute Beziehungen zwischen unseren Völkern zu wirken. Michael Maurer

## Tatsachen aus der DDR

### Gute Halbjahrbilanz durch Wettbewerb und neues ökonomisches System

Zu guten Ergebnissen bei der Planerfüllung haben bisher die Anstrengungen der Werktätigen im Wettbewerb zu Ehren des 15. Jahrestages der DDR und die schrittweise weitere Durchführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft geführt. Diese Feststellung trifft der Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes im ersten Halbjahr 1964. Unter anderem wurden folgende Ergebnisse erzielt:

Die Arbeitsproduktivität in der sozialistischen Industrie stieg auf 107 Prozent. Das ermöglichte, den Plan der Warenproduktion zu erfüllen und das Nationaleinkommen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 2,5 Milliarden DM, d. h. um sieben Prozent zu erhöhen. Für die Erweiterung der Produktion wurden 12 Prozent mehr Investitionen ausgegeben. Die Durchschnittslöhne erhöhten sich um 2,4 Prozent.

Die vorrangige Entwicklung der Produktion in den führenden Industriezweigen setzte sich fort: Anstieg in der Chemie um neun Prozent, Elektronik um neun Prozent, Elektrotechnik und Anlagenbau 15 Prozent, Energie 13 Prozent.

**Selbstkosten:** Die besten Ergebnisse erzielten der Schiffbau, der die Selbstkosten im ersten Halbjahr um weitere 6,9 Prozent senkte, sowie der Transport-, Schwermaschinen- sowie Chemieanlagenbau und die polygrafische Industrie.

**Investitionen:** 7,1 Milliarden DM wurden investiert, das sind 710 Millionen

mehr als in der ersten Hälfte des Vorjahres. Drei Viertel der Investitionen waren auf die führenden Industriezweige konzentriert.

24 000 neue Wohnungen wurden bezugsfertig übergeben und 54 000 sind im Bau.

**Landwirtschaft:** Eine wesentliche Steigerung der Produktion von tierischen Erzeugnissen ermöglichte es, die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern und gleichzeitig die Importe zu verringern. Bei Schlachtvieh beträgt der Zuwachs 28 Prozent, bei Geflügel 47,2 Prozent, bei Eiern 21,7 Prozent und bei Milch 4,6 Prozent.

**Außenhandel:** Der Export stieg auf 110,3 Prozent und überschritt erstmalig in einer ersten Jahreshälfte fünf Milliarden VDM. Mit Westdeutschland 27 Prozent mehr Warenumsatz.

**Lebensstandard:** Das Geldeinkommen der Bevölkerung erhöhte sich um fünf Prozent, der Warenumsatz im Einzelhandel um 530 Millionen DM. Zur Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Industriewaren standen u. a. zur Verfügung: 12,6 Prozent mehr Waschmaschinen, 35,7 Prozent mehr Haushaltskühlschränke, 15,8 Prozent mehr PKW, 11,1 Prozent mehr synthetische Seiden- und Halbseidengewebe, 6,7 Prozent mehr Möbel.

### Schwedt — moderne Chemiearbeiterstadt

Mit dem Aufbau des Erdölverarbeitungswerkes und der Papierfabrik wächst eine moderne sozialistische Stadt heran. In diesem Jahr sollen in Schwedt 1534 Wohnungen gebaut werden. Weitere 240 Wohnungen wollen die Bauarbeiter zum 15. Jahrestag der DDR zusätzlich fertigstellen. Bis 1980 wird Schwedt mit 54 000 Einwohnern eine der größten und modernsten Städte des Oderbezirks sein. Heute leben dort bereits dreimal so viel Menschen als 1956.

### Talsperre für Suhl

Im Juli wurde im Erletal bei Hirschbach mit dem Bau des bisher größten Objekts zur Wasserversorgung im Bezirk Suhl begonnen. Die Talsperre soll ein Fassungsvermögen von 400 000 m<sup>3</sup> haben und ab 1967 vordringlich die Städte Suhl und Zella-Mehlis besser mit Trink- und Brauchwasser versorgen.



## Touristik

Das Komitee für Touristik und Wandern (KTW) in der DDR unterstützt die Jugend der DDR im Urlaub, in der Freizeit und bei Fahrten. Es organisiert zahlreiche Zeltlager und touristische Unterkünfte. 1962 gab es in der DDR 251 Jugendherbergen mit 16 855 Plätzen und außerdem 88 Wanderquartiere mit 2301 Plätzen, die allen Bürgern der DDR offenstehen. Die Übernachtungskosten betragen für Kinder, Schüler, Lehrlinge und Studenten 0,25 DM, für alle anderen Touristen 0,50 DM in der Jugendherberge, 0,10 DM bzw. 0,25 DM in Wanderquartieren und Zelten. Allein im Jahre 1962 wurden 2 693 874 Übernachtungen in Jugendherbergen und 139 961 in den Wanderquartieren gestellt.

Die Auslands-Touristik der Jugend der DDR wird durch den „Jugendtourist“ im Deutschen Reisebüro organisiert. 1963 fuhren 50 000 Mädchen und Jungen in die schönsten Gegenden der sozialistischen Länder.

## Jenaer Meisterstück

Der mehrere Meter hohe, auf der Leipziger Frühjahrsmesse mit der Goldmedaille ausgezeichnete Zeiss-„Sternfotoparat“ (Astrograph 400/2000) ist ein einzigartiges Meisterstück. Mit außerordentlicher Präzision und Reichweite durchdringt er die vom menschlichen Auge nicht mehr wahrnehmbaren Sternweiten des Kosmos. In einer Stunde fotografischer Belichtung vermag er rund 100 000 Sterne auf seine 30x30 cm große Platte zu bannen. Die Genauigkeit des Astrographen ist so groß, daß er zwei Tennisbälle, die in 45 km Entfernung nebeneinanderliegen, getrennt aufnimmt. Seine Optik ist so breit angelegt, daß er den Vollmond 256mal nebeneinander auf einer einzigen Platte fotografieren könnte.

Dieses Meisterstück des VEB Carl Zeiss entstand in engster Zusammenarbeit mit der Deutschen Akademie der Wissenschaften und ihren Instituten. Noch in diesem Jahr wird der Zeiss-Astrograph in einer 2000 Meter hoch gelegenen Sternwarte in Tadshikistan (UdSSR) eingesetzt. Ein zweiter ist ebenfalls für den Export bestimmt.

## Handel mit aller Welt

Auf fast 22 Milliarden Valuta-DM (VDN) soll der Außenhandelsumsatz der DDR im Jahre 1964 steigen, um 8,2 Prozent mehr, verglichen mit 1963. Rund 11,3 Milliarden VDM entfallen auf den Export, für rund 10,6 Milliarden VDM werden Waren importiert. 1963 hat das Handelsvolumen der DDR die 20 Milliarden-Grenze überschritten. Dem liegen Abkommen zugrunde, die mit 48 Ländern abgeschlossen wurden. Der größte Handelspartner der DDR ist die Sowjetunion. Der Warenaustausch DDR-UdSSR machte 1963 bereits rund 10 Milliarden VDM aus. Etwa 11 Milliarden VDM werden es in diesem Jahr sein.

Von 1955 bis heute lieferte die DDR 440 komplette Industrieanlagen oder Ausrüstungen ins Ausland. So u. a. 127 Kraftwerke, 104 Zementfabriken, 74 Baustoffanlagen, 36 Textilanlagen, 13 komplette Zuckerfabriken, 14 Zuckerfabriken in Kooperation, 9 Anlagen für allgemeinen Maschinenbau und 8 chemische Anlagen.

## Pfingsttreffen der Jugend in Zahlen

- 560 000 Jugendliche nahmen am Deutschlandtreffen der Jugend aus beiden deutschen Staaten in Berlin teil.
- 24 000 Jugendliche aus der Bundesrepublik demonstrierten in Berlin für Frieden und Verständigung.
- Etwa 1000 Jugendliche kamen aus Westberlin.
- Mehr als 100 000 Privatquartiere wurden von Berliner Familien für junge Gäste bereitgestellt.
- 400 Ärzte und 400 Schwestern aus der DDR betreuten gemeinsam mit Berliner Ärzten die Jugendlichen. Es gab nur 72 Erkrankte, 24 davon konnten nach kurzer Behandlung weiter am Fest teilnehmen.
- Rund 2 Millionen Besucher erlebten während der Pfingsttage in Berlin kulturelle Veranstaltungen. Alle großen Kinos der Stadt waren ausverkauft. 30 Wissenschaftler führten die jungen Gäste durch die Museen Berlins.

